



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



35 Jahre gute
Nachbarschaft
35 lat dobrego
sąsiedztwa

NACHBARSCHAFT WEITERDENKEN

SĄSIEDZTWO NA NOWO

Debatten und Perspektiven
des *Deutsch-Polnischen Forums 2026*

Debaty i perspektywy
Forum Polsko-Niemieckiego 2026

2026

INHALTSVERZEICHNIS/SPIS TREŚCI



Nachbarschaft im Wandel	3
35 Jahre deutsch-polnischer Zusammenarbeit	
Sąsiedztwo w czasach zmian	7
35 lat współpracy polsko-niemieckiej	
WIRTSCHAFT	11
Auf dem Weg zu einer vertieften Zusammenarbeit: das Potenzial der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen	
GOSPODARKA	15
Ku głębszej współpracy: potencjał polsko-niemieckich relacji gospodarczych	
SICHERHEIT	19
Gemeinsame Sicherheit: polnische und deutsche Perspektiven auf die Verteidigung Europas	
BEZPIECZEŃSTWO	23
Wspólne bezpieczeństwo: polskie i niemieckie spojrzenie na obronę Europy	
GESELLSCHAFT	25
Zivilgesellschaft als Impuls für die Politik	
SPOŁECZEŃSTWO	29
Społeczeństwo obywatelskie jako impuls dla polityki	
BILDUNG	33
Historische Bildung als Grundlage internationaler Verständigung	
EDUKACJA	35
Edukacja historyczna jako podstawa porozumienia międzynarodowego	
KULTUR	39
Literatur als Katalysator für Verständigung	
KULTURA	41
Literatura jako katalizator porozumienia	
JUGEND	43
Die junge Generation und die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen	

MŁODZIEŻ	47
Młode pokolenie wobec przyszłości relacji polsko-niemieckich	
GALE POLITYK	51
Polen und Deutschland angesichts globaler Veränderungen	
POLITYKA GLOBALNA	55
Polska i Niemcy wobec globalnych zmian	
ERINNERUNGSKULTUR	57
Deutsche und Polen in historischen Ausstellungen: Ausgewogene Bilder?	
KULTURA PAMIĘCI	61
Niemcy i Polacy na wystawach historycznych: wyważone obrazy?	
EUROPA	65
EU-Integration der Ukraine: polnische und deutsche Perspektiven	
EUROPA	69
Rozszerzenie UE o Ukrainę: perspektywa Polski i Niemiec	
SPRACHE	73
Sprache als Brücke: Perspektiven des Polnisch- und Deutschunterrichts im Nachbarland	
JĘZYK	77
Język jako pomost: perspektywy nauczania języka polskiego i niemieckiego w kraju sąsiada	
NACH DEM FORUM	79
Zivilgesellschaftliche Erwartungen an die weitere Zusammenarbeit	
PO FORUM	83
Oczekiwania społeczeństwa obywatelskiego wobec dalszej współpracy	
STIMMEN ZUM FORUM	87
UCZESTNICY O FORUM	91



NACHBARSCHAFT IM WANDEL

35 Jahre deutsch-polnischer Zusammenarbeit

Am 17. Juni 1991 unterzeichneten Deutschland und Polen den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Europa stand damals an der Schwelle zu einer neuen Epoche. Die Teilung des Kontinents war überwunden, die Transformation Mittel- und Osteuropas gewann an Dynamik und die politischen Debatten jener Zeit waren von der Hoffnung auf ein friedliches und geeintes Europa geprägt. 35 Jahre später befinden wir uns in einer grundlegend anderen Situation. Neue geopolitische Spannungen, insbesondere der russische Angriff auf die Ukraine, der



Außenminister Johann Wadephul bei der Eröffnungsrede.

globale Wettbewerb sowie technologische und gesellschaftliche Veränderungen stellen die Staaten unseres Kontinents vor fundamentale Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund stand das Deutsch-Polnische Forum 2026 unter dem Leitmotiv „Nachbarschaft im Wandel“.

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben in den vergangenen Jahrzehnten einen bemerkenswerten Weg zurückgelegt. Mit dem Prozess der Versöhnung entstanden Strukturen der Partnerschaft und Zusammenarbeit, während sich die Nachbarschaft mit einem dichten Netz politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Verbindungen füllte. Polen gehört heute zu Deutschlands wichtigsten Partnern in Europa, Deutschland wiederum bleibt für Polen ein zentraler Bezugspunkt in Politik, Wirtschaft und vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die Erfolgsgeschichte dieser Beziehungen ist jedoch kein abgeschlossenes Kapitel. Sie er-

fordert kontinuierliche Pflege, Offenheit für neue Perspektiven und die Bereitschaft, gemeinsam auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren.

Das Deutsch-Polnische Forum schafft seit vielen Jahren einen Raum für diesen Dialog. Es bringt Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft zusammen und ermöglicht es ihnen, über die Zukunft der bilateralen Beziehungen nachzudenken und neue Ansätze für die Zusammenarbeit zu entwickeln. Am 17. Juni 2026, dem 35. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags, kamen knapp 700 Teilnehmende im Auswärtigen Amt in Berlin zusammen. Das große Interesse bestätigte, dass der Bedarf an deutsch-polnischem Dialog keineswegs nachlässt, sondern angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen weiter an Bedeutung gewinnt.

„Der deutsche Blick auf Polen ist allzu oft ein oberflächlicher, manchmal auch ein unwissender. (...) Das muss sich ändern und ich bin überzeugt: Es ist dabei, sich zu ändern.“

Johann Wadephul



Polens Außenminister
Radosław Sikorski während seiner Ansprache.

Im Mittelpunkt des Forums stand nicht nur die Frage, was in den vergangenen 35 Jahren erreicht werden konnte. Der Blick der Teilnehmenden richtete sich vor allem auf die Zukunft. An der Auftaktdiskussion nahmen Henryka Mościcka-Dendys, Leiterin des Auswärtigen Dienstes und Generaldirektorin im polnischen Außenministerium sowie Vorsitzende des Rates für die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, und Knut Abraham, Mitglied des Deutschen Bundestages und Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, teil. Ihr Gespräch zeigte, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen heute auf anderen Grundlagen beruhen als 1991.

Knut Abraham beschrieb diesen Wandel als eine Beziehung, die auf Gleichberechtigung und gemeinsamer Verantwortung beruht. Henryka Mościcka-Dendys verwies ihrerseits auf die veränderte Asymmetrie zwischen beiden Ländern und betonte, dass Polen heute eine partnerschaftlich gestaltete Beziehung erwartet. Dies bedeutet die Bereitschaft, Entscheidungen gemeinsam zu treffen und Verantwortung für die Zukunft Europas zu teilen.

An diesen Gedanken knüpften auch die Außenminister Johann Wadephul und Radosław Sikorski in ihren Reden an. Die Sicherheit Europas, die Unterstützung der Ukraine, die Zukunft der Europäischen Union, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und der gesellschaftliche Zusammenhalt gehören ebenso zu den gemeinsamen Aufgaben wie die Stärkung der Erinnerungskultur und die Förderung der Nachbarsprache. Nur durch eine enge Zusammenarbeit können Deutschland und Polen in diesen Bereichen tragfähige Lösungen entwickeln und gemeinsam Verantwortung für die Zukunft Europas übernehmen.

Die Debatten während des Forums spiegelten diesen Wandel deutlich wider. Deutschland und Polen verstehen sich zunehmend als gleichberechtigte Partner, die gemeinsam an der Gestaltung der internationalen Politik mitwirken wollen. Die Diskussionen über Europas Rolle in einer sich verändernden Weltordnung, über neue Formen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit und über die Weiterentwicklung europäischer Entscheidungsmechanismen machten deutlich, dass die deutsch-polnische Kooperation weit über die bilateralen Beziehungen hinausreicht. Sie ist heute ein wichtiger Bestandteil der Debatte über Europas Handlungsfähigkeit, Resilienz und strategische Souveränität.

Zugleich wurde offen über bestehende Herausforderungen gesprochen. Darin zeigt sich eine reife Partnerschaft: Sie bemisst sich nicht nur an der Übereinstimmung von Positionen, sondern auch an der Fähigkeit, Unterschiede und ungelöste Fragen unmittelbar anzusprechen.

„Aber machen wir uns nichts vor: Zwischen Nachbarn gibt es auch schwierige Themen. Entscheidend ist, dass wir offen darüber sprechen können.“

Radosław Sikorski

Im Verlauf des Forums wurde immer wieder hervorgehoben, dass eine gute Zusammenarbeit auf Regierungsebene eine unverzichtbare Dimension der Nachbarschaft darstellt, aber eben nur eine von vielen. 10 thematische Workshops widmeten sich unterschiedlichen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen: von Wirtschaft und Sicherheit über Gesellschaft, Bildung und Kultur bis hin zu Europa, globaler Politik, Jugend, Sprache und Erinnerungskultur. Sie machten das breite gesellschaftliche Engagement und die wachsende Zahl von Institutionen und Menschen sichtbar, die mit konkreten Initiativen tagtäglich zur Stärkung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen.

Die Teilnehmenden verwiesen nicht nur auf das bisher Erreichte, sondern auch auf Aufgaben, die eine intensivere Zusammenarbeit und neue Initiativen erfordern. Dazu gehören unter anderem das Erlernen der Nachbarsprache, die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Kontakte und der grenzüberschreitenden Infrastruktur, die Vertiefung des Wissens über das Nachbarland sowie die Herausforderungen im Bereich der Sicherheit. Henryka Mościcka-Dendys betonte, dass die veränderte geopolitische Lage beiden Ländern eine besondere Verantwortung auferlegt:

„Polen und Deutschland sind gemeinsam für die Sicherheit Europas verantwortlich, und diese Herausforderung müssen wir ernst nehmen.“

Henryka Mościcka-Dendys

Diese Worte können als eine der übergreifenden Schlussfolgerungen des Forums gelten: Gute Nachbarschaft ist weder selbstverständlich noch ein für alle Mal gegeben. Sie entsteht durch konkrete Begegnungen, gegenseitiges Interesse, institutionelle Zusammenarbeit und die Bereitschaft, auch schwierige Themen in einem offenen und konstruktiven Gespräch aufzugreifen.

Von besonderer Bedeutung war die Verbindung von Zukunftsfragen mit der Reflexion über historische Verantwortung. Auch 35 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit bleibt die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Vergangenheit ein fester Bestandteil des Dialogs. Erinnerung erfüllt dabei eine wichtige Funktion: Sie bildet eine unverzichtbare Grundlage für Vertrauen und Zusammenarbeit, heute ebenso wie in Zukunft. Ausdruck dieses Verständnisses war die Rückgabe bedeutender Kulturgüter an Polen im Rahmen der Eröffnung des Forums.

Die vorliegende Publikation dokumentiert die wichtigsten Diskussionen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Deutsch-Polnischen Forums 2026. Sie ist nicht nur ein Rückblick auf eine erfolgreiche Veranstaltung, sondern auch ein Zeugnis eines lebendigen Dialogs, dessen Bedeutung weit über einen einzigen Tag hinausreicht. Die versammelten Texte zeigen, welche Fragen die deutsch-polnischen Beziehungen heute prägen, welche Perspektiven sich aus den Debatten ergeben haben und welchen Herausforderungen sich beide Länder in den kommenden Jahren gemeinsam stellen wollen.

35 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit steht eines fest: Die deutsch-polnischen Beziehungen zeichnen sich durch eine außergewöhnliche Dynamik und ein besonderes Potenzial aus. Heute stehen sie an der Schwelle zu einem neuen Kapitel ihrer Geschichte, in dem sich neben unbestreitbaren Chancen auch Risiken und Unsicherheiten abzeichnen. In Zeiten des Wandels wird gute Nachbarschaft mehr denn je zu einer gemeinsamen Verantwortung. Das Deutsch-Polnische Forum 2026 hat gezeigt, wie stark der Wille ist, diese Verantwortung gemeinsam zu übernehmen.

SĄSIEDZTWO W CZASACH ZMIAN

35 lat współpracy polsko-niemieckiej

17 czerwca 1991 roku Polska i Niemcy podpisały Traktat o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy. Europa znajdowała się wtedy u progu nowej epoki. Podział kontynentu został przewyciężony, transformacja Europy Środkowo-Wschodniej nabierała tempa, a ówczesne debaty polityczne przepełnione były nadzieją na pokojową i zjednoczoną Europę. Trzydzieści pięć lat później jesteśmy w zupełnie innym miejscu. Nowe napięcia geopolityczne, zwłaszcza inwazja Rosji na Ukrainę, globalna rywalizacja oraz przemiany technologiczne i społeczne stawiają państwa naszego kontynentu przed fundamentalnymi wyzwaniami. Właśnie w tym kontekście Forum Polsko-Niemieckie 2026 odbyło się pod hasłem: „Sąsiedztwo w czasach zmian”.



Markus Reichel, Knut Abraham, Henryka Mościcka-Dendys.

Relacje polsko-niemieckie przeszły w minionych dziesięcioleciach niezwykłą drogę. Wraz z procesem pojednania postępowało tworzenie struktur partnerstwa i współpracy, a sąsiedztwo wypełniła sieć powiązań politycznych, gospodarczych, naukowych, kulturalnych i społecznych. Polska należy dziś do najważniejszych partnerów Niemiec w Europie, Niemcy zaś pozostają dla Polski kluczowym punktem odniesienia w polityce, gospodarce i wielu sferach życia społecznego. Historia sukcesu tych relacji nie jest jednak zamkniętą kartą. Wymaga stałej troski, otwartości na nowe perspektywy oraz gotowości do wspólnego reagowania na zmieniające się uwarunkowania.

Forum Polsko-Niemieckie od wielu lat tworzy przestrzeń dla takiego dialogu. Łączy przedstawicieli polityki, nauki, gospodarki, kultury i społeczeństwa obywatelskiego, umożliwiając refleksję nad przyszłością relacji dwustronnych oraz wypracowywanie nowych impulsów do współpracy. 17 czerwca 2026 roku, w 35. rocznicę podpisania Traktatu, w Federalnym Ministerstwie Spraw Zagranicznych w Berlinie spotkało się blisko 700 uczestników. Tak duże zainteresowanie potwierdziło, że potrzeba dialogu polsko-niemieckiego nie tylko nie słabnie, lecz w obliczu współczesnych wyzwań nabiera jeszcze większego znaczenia.

„Niemieckie spojrzenie na Polskę jest zbyt często powierzchowne, czasami nacechowane niewiedzą. (...) To musi się zmienić. Jestem przekonany, że właśnie się zmienia.”

Johann Wadephul

W centrum Forum znalazło się nie tylko pytanie o to, co udało się osiągnąć w ciągu minionych 35 lat. Uwaga uczestników skierowana była przede wszystkim ku przyszłości. W dyskusji otwierającej udział wzięli Henryka Mościcka-Dendys, szefowa służby zagranicznej i dyrektor generalna w MSZ, przewodnicząca Rady do spraw współpracy z Republiką Federalną Niemiec, oraz Knut Abraham, poseł do Bundestagu i koordynator Rządu Federalnego ds. niemiecko-polskiej współpracy międzyspołecznej i przygranicznej. Ich rozmowa pokazała, że stosunki między Polską a Niemcami opierają się dziś na innych fundamentach niż w 1991 roku.

Knut Abraham opisał tę przemianę jako relację opartą na równości i współodpowiedzialności. Henryka Mościcka-Dendys zwróciła z kolei uwagę na zmianę asymetrii między oboma krajami i podkreśliła, że Polska oczekuje dziś relacji opartych na partnerstwie. Oznacza to gotowość do wspólnego podejmowania decyzji i dzielenia odpowiedzialności za przyszłość Europy.

Do tej myśli nawiązali w swoich wystąpieniach również ministrowie spraw zagranicznych Johann Wadephul i Radosław Sikorski. Bezpieczeństwo Europy, wsparcie dla Ukrainy, przyszłość Unii Europejskiej, konkurencyjność gospodarcza i spójność społeczna



Janusz Reiter (z lewej) odbiera Nagrodę Polsko-Niemiecką.

należą do wspólnych zadań, podobnie jak wzmacnianie kultury pamięci oraz promowanie języka sąsiada. Tylko dzięki ścisłej współpracy Polska i Niemcy mogą wypracowywać w tych dziedzinach trwałe rozwiązania i wspólnie przejmować odpowiedzialność za przyszłość Europy.

Debaty podczas Forum wyraźnie odzwierciedlały tę zmianę. Polska i Niemcy coraz częściej postrzegają siebie jako równorzędnych partnerów, którzy chcą wspólnie uczestniczyć w kształtowaniu polityki międzynarodowej. Dyskusje o roli Europy w zmieniającym się porządku światowym, o nowych formach współpracy w dziedzinie bezpieczeństwa oraz o rozwoju europejskich mechanizmów decyzyjnych dowiodły, że współpraca polsko-niemiecka nie ma wymiaru tylko dwustronnego. Jest dziś ważnym elementem debaty o zdolności Europy do działania, odporności i strategicznej suwerenności.

Jednocześnie otwarcie mówiono o istniejących wyzwaniach. To cecha dojrzałego partnerstwa: mierzy się je nie tylko zgodnością stanowisk, lecz także zdolnością do bezpośredniej rozmowy o różnicach i nierozwiązanych kwestiach.

„Ale nie ukrywajmy – są i tematy trudne, jak to między sąsiadami. Ważne, że potrafimy o nich otwarcie rozmawiać.”

Radosław Sikorski

W trakcie Forum często powracało stwierdzenie, że dobra współpraca na szczeblu rządowym jest nieodzownym wymiarem sąsiedztwa, ale tylko jednym z wielu. Dziesięć warsztatów tematycznych poświęcono różnym aspektom stosunków polsko-niemieckich: od gospodarki i bezpieczeństwa, poprzez społeczeństwo, edukację i kulturę, aż po Europę, politykę globalną, młodzież, język i kulturę pamięci. Spotkania te pokazały szerokie zaangażowanie społeczne oraz rosnącą liczbę instytucji i osób, które każdego dnia wzmacniają relacje między oboma krajami za sprawą konkretnych inicjatyw.



Basil Kerski, Sebastian Płóciennik, Irene Hahn-Fuhr, Markus Meckel, Halina Bieda, Miłostawa Borzyszkowska-Szewczyk.

Uczestnicy wskazywali nie tylko na dotychczasowe osiągnięcia, lecz także na zadania wymagające pogłębienia współdziałania i nowych inicjatyw. Dotyczy to między innymi nauki języka sąsiada, rozwoju kontaktów społecznych, infrastruktury transgranicznej, pogłębienia wiedzy o sąsiedzie, a także wyzwań w sferze bezpieczeństwa. Henryka Mościcka-Dendys podkreśliła, że zmieniająca się sytuacja geopolityczna nakłada na oba kraje szczególną odpowiedzialność:

„Polska i Niemcy są wspólnie odpowiedzialne za bezpieczeństwo Europy i musimy to wyzwanie potraktować poważnie.”

Henryka Mościcka-Dendys

Słowa te można uznać za jedną z uniwersalnych konkluzji Forum: dobre sąsiedztwo nie jest czymś oczywistym ani danym raz na zawsze. Rodzi się z konkretnych spotkań, wzajemnego zainteresowania, współpracy instytucjonalnej oraz gotowości do podejmowania trudnych tematów w otwartej i konstruktywnej rozmowie.

Szczególne znaczenie w obradach Forum miało połączenie pytań o przyszłość z refleksją nad historyczną odpowiedzialnością. Mierzenie się ze wspólną przeszłością pozostaje elementem dialogu również 35 lat po podpisaniu Traktatu o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy. Pamięć pełni bardzo ważną funkcję: stanowi niezbędny fundament zaufania i współpracy – zarówno dziś, jak i w przyszłości. Wyrazem tego podejścia był zwrot ważnych dóbr kultury na rzecz Polski, który miał miejsce podczas inauguracji Forum.

Niniejsza broszura dokumentuje najważniejsze dyskusje, wnioski i rekomendacje Forum Polsko-Niemieckiego 2026. Jest nie tylko spojrzeniem wstecz na udane wydarzenie, lecz także świadectwem żywego dialogu, którego znaczenie daleko wykracza poza jeden dzień obrad. Zebrane teksty pokazują, jakie zagadnienia kształtują dziś stosunki polsko-niemieckie, jakie perspektywy wyłoniły się z prowadzonych debat oraz jakim wyzwaniom oba kraje chcą wspólnie stawić czoła w nadchodzących latach.

Trzydzieści pięć lat po podpisaniu Traktatu o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy jedno jest pewne: stosunki polsko-niemieckie są przestrzenią niezwyklej dynamiki i wyjątkowego potencjału. Dziś znajdują się one na progu nowego rozdziału swojej historii, w którym obok niezaprzeczalnych szans pojawiają się również ryzyko i niepewność. W czasach przemian dobre sąsiedztwo staje się bardziej niż kiedykolwiek wspólną odpowiedzialnością. Forum Polsko-Niemieckie 2026 pokazało, jak silna jest wola, by tę odpowiedzialność wspólnie podejmować.

WIRTSCHAFT

Auf dem Weg zu einer vertieften Zusammenarbeit:
das Potenzial der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen

VERANSTALTER:



Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zählen zu den großen Erfolgsgeschichten der europäischen Integration. In den 35 Jahren seit der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sind beide Volkswirtschaften eng zusammengewachsen. Aus dem anfänglichen Austausch zwischen zwei sehr unterschiedlich entwickelten Märkten entstand eine Partnerschaft, die heute auf intensiven Handelsbeziehungen, grenzüberschreitenden Investitionen und eng verflochtenen Wertschöpfungsketten beruht.

Diese Entwicklung bildete den Ausgangspunkt des vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft organisierten Workshops. Unter der Moderation von Adrian Stadnicki diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, Ministerien und Institutionen der Wirtschaftsförderung über die Grundlagen des bisherigen Erfolgs und die nächsten Schritte der bilateralen Zusammenarbeit.



Ewa Łabno-Fałęcka, Dariusz Biernacki
(Foto: © Christian Plambeck).



Teilnehmende des Wirtschaftspanels: Adrian Stadnicki, Susanne Szech-Koundouros, Tomasz Salomon, Dorota Kafara, Lars Björn Gutheil, Ewa Łabno-Fałęcka, Dariusz Biernacki.
(Foto: © Christian Plambeck)

Die Diskussion zeigte, dass die positive Entwicklung auf mehreren Faktoren beruht. Politische Stabilität, der europäische Binnenmarkt und ein verlässlicher institutioneller Rahmen schufen günstige Voraussetzungen für Handel und Investitionen. Hinzu kamen das Engagement zahlreicher Unternehmen sowie die Arbeit von Organisationen, die insbesondere kleine und mittlere Betriebe beim Einstieg in den jeweiligen Nachbarmarkt unterstützen. Mit einem Handelsvolumen von rund 180 Milliarden Euro im Jahr 2025 haben die Wirtschaftsbeziehungen inzwischen eine neue Größenordnung erreicht. Polen ist zu einem der wichtigsten Handelspartner Deutschlands aufgestiegen; zugleich wächst die Präsenz polnischer Unternehmen auf dem deutschen Markt.

Dabei verändert sich auch die Qualität der Zusammenarbeit. Polnische Unternehmen treten in Deutschland zunehmend nicht mehr allein als Zulieferer auf, sondern als Investoren, Technologieanbieter und Partner bei der Modernisierung der Wirtschaft. Diese Entwicklung eröffnet beiden Ländern die Chance, ihre Beziehungen von einer erfolgreichen Handels- und Produktionsgemeinschaft zu einer strategischen Innovationspartnerschaft weiterzuentwickeln.

Anhand praktischer Erfahrungen wurde zugleich deutlich, dass ein erfolgreicher Markteintritt einer sorgfältigen Vorbereitung bedarf. Zwar sind viele formale Hindernisse innerhalb der Europäischen Union entfallen, doch Unterschiede in der Geschäftskultur, bei den Erwartungen der Kundinnen und Kunden sowie bei regulatorischen Anforderungen bestehen fort. Beratungsangebote, persönliche Kontakte und institutionelle Netzwerke bleiben deshalb von großer Bedeutung.

Im Mittelpunkt des Workshops stand jedoch nicht nur die Bilanz der vergangenen Jahrzehnte, sondern vor allem die Frage nach der nächsten Entwicklungsstufe. Besondere Chancen bieten Bereiche wie Digitalisierung und Informationstechnologie, Elektromobilität, grüne Energie sowie die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Auch die gemeinsame Entwicklung von Technologien,

Investitionen in innovative Lösungen und ein koordiniertes Auftreten auf Drittmärkten können der Zusammenarbeit neue Impulse verleihen. Grenzüberschreitende Projekte wie die geplante gemeinsame Wärmeversorgung von Görlitz und Zgorzelec zeigen zudem, wie wirtschaftliche Kooperation zur regionalen Integration und zur nachhaltigen Transformation beitragen kann.



Lars Björn Gutheil (Foto: © Christian Plambeck)

Als wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung benannten die Teilnehmenden eine leistungsfähige grenzüberschreitende Infrastruktur. Defizite bei Straßen- und Bahnverbindungen beeinträchtigen nicht nur die Mobilität, sondern auch den Warenverkehr und damit die wirtschaftliche Dynamik. Handlungsbedarf besteht außerdem bei der engeren Verzahnung von Bildung, Forschung und industrieller Praxis. Qualifikationen und Kompetenzen müssen stärker auf die Anforderungen einer technologisch geprägten und sich schnell wandelnden Arbeitswelt ausgerichtet werden.

Der Workshop machte deutlich: Die deutsch-polnische wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist keineswegs abgeschlossen. Ihr nächstes Kapitel wird stärker von Innovation, technologischer Zusammenarbeit und gemeinsamen Investitionen bestimmt sein. Dafür braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen, moderne Infrastruktur und die Bereitschaft, die Wirtschaftsbeziehungen nicht nur als Handel zwischen Nachbarn, sondern als strategische Partnerschaft für Europas Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und wirtschaftliche Resilienz weiterzuentwickeln.

TEILNEHMENDE



Dariusz Biernacki,
Vorstandsmitglied,
Comarch AG



Dr. Lars Björn Gutheil,
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied,
Deutsch-Polnische
Industrie- und
Handelskammer



Dorota Kafara,
Business Development
Managerin im Auslandsbüro
Frankfurt, Polnische Agentur
für Investitionen und Handel



Dr. Ewa Łabno-Fałęcka,
Kordinatorin der Mercedes-
Benz-Investitionen in Polen,
Mercedes-Benz



Tomasz Salomon,
Stellvertretender Leiter der Ab-
teilung für Handel und internationa-
le Zusammenarbeit, Ministerium
für Entwicklung und Technologie
der Republik Polen



Adrian Stadnicki,
Regionaldirektor
Mittelosteuropa,
Ost-Ausschuss der Deutschen
Wirtschaft



Susanne Szech-Koundouros,
Leiterin der Abteilung Europa,
Bundesministerium für Wirt-
schaft und Energie

GOSPODARKA

Ku głębszej współpracy:
potencjał polsko-niemieckich relacji gospodarczych

ORGANIZATORZY:



Sebastian Półciennik, dyrektor zarządzający FWP,
podczas debaty o relacjach gospodarczych. (Foto: © Christian Plambeck)

Polsko-niemieckie relacje ekonomiczne należą do największych sukcesów integracji europejskiej. W ciągu 35 lat od podpisania Traktatu o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy pomiędzy obydwoma gospodarkami powstały silne powiązania. Początkowa wymiana – skromna ze względu na głębokie asymetrie – przekształciła się w partnerstwo oparte dziś na intensywnych kontaktach handlowych, inwestycjach bezpośrednich i wspólnych łańcuchach produkcji.

Ta przemiana stała się punktem wyjścia warsztatu zorganizowanego przez Komisję Wschodnią Niemieckiej Gospodarki. Podczas dyskusji, którą prowadził Adrian Stadnicki, przedstawiciele

przedsiębiorstw, ministerstw oraz instytucji wspierających rozwój gospodarczy rozmawiali o źródłach dotychczasowego sukcesu i kolejnych etapach współpracy dwustronnej.

Dyskusja pokazała, że pozytywny rozwój polsko-niemieckich relacji gospodarczych opiera się na kilku czynnikach. Stabilność polityczna, europejski rynek wewnętrzny i solidne ramy instytucjonalne stworzyły korzystne warunki dla handlu i inwestycji. Bardzo ważny był szybki wzrost polskiej gospodarki oraz zaangażowanie licznych przedsiębiorstw i działalność organizacji wspierających wejście na rynek sąsiada, zwłaszcza małych i średnich firm. Wartość wymiany handlowej, która w 2025 roku przekroczyła 180 miliardów euro, świadczy o skali wzajemnych powiązań gospodarczych. Polska stała się jednym z najważniejszych partnerów handlowych Niemiec, a jednocześnie rośnie obecność polskich przedsiębiorstw na rynku niemieckim.

Zmienia się również charakter tej współpracy. Polskie firmy coraz częściej występują w Niemczech nie tylko jako poddostawcy, lecz także jako inwestorzy, twórcy technologii i partnerzy uczestniczący w modernizacji gospodarki. Zmiana ta otwiera przed oboma krajami możliwość przejścia od udanej współpracy handlowej i produkcyjnej do strategicznego partnerstwa w dziedzinie innowacji.



Ewa Łabno-Falęcka wśród ekspertów gospodarczych
(Foto: © Christian Plambeck)



Wspólne zdjęcie ekspertów gospodarczych: Tomasz Salomon, Sebastian Płóciennik, Lars Björn Gutheil, Ewa Łabno-Fałęcka, Susanne Szech-Koundouros, Dorota Kafara, Adrian Stadnicki i Dariusz Biernacki
(Foto: © Christian Plambeck)

Przykłady z praktyki, które przywołano podczas warsztatu, pokazały zarazem, że skuteczne wejście na sąsiedni rynek wymaga starannego przygotowania. Wiele przeszkód formalnych zniknęło wraz z rozwojem integracji europejskiej, jednak nadal występują różnice w kulturze biznesowej, oczekiwaniach klientów oraz wymogach regulacyjnych. Dlatego doradztwo, osobiste kontakty i sieci współpracy instytucjonalnej wciąż odgrywają bardzo ważną rolę.

Uczestnicy warsztatu nie ograniczyli się do podsumowania minionych dekad. Zastanawiali się również, jak powinien wyglądać kolejny etap współpracy. Szczególne możliwości otwierają takie dziedziny jak cyfryzacja i technologie informacyjne, elektromobilność, zielona energia oraz przemysł bezpieczeństwa i obronności. Nowych szans należy też szukać we wspólnym rozwoju technologii oraz koordynacji działań na rynkach państw trzecich. Projekty transgraniczne, takie jak planowany wspólny system ciepłowniczy dla Görlitz i Zgorzelca, pokazują ponadto, w jaki sposób współpraca gospodarcza może wspierać integrację regionalną i zrównoważoną transformację.

Za jeden z podstawowych warunków dalszego rozwoju uczestnicy uznali sprawną infrastrukturę transgraniczną. Niedostatecznie rozwinięte połączenia drogowe i kolejowe ograniczają nie tylko mobilność osób, lecz także przepływ towarów, a tym samym dynamikę gospodarczą. Edukację i naukę trzeba również ściślej powiązać z praktyką przemysłową. Kwalifikacje i kompetencje powinny w większym stopniu odpowiadać wymaganiom rynku pracy, który szybko się zmienia pod wpływem rozwoju nowych technologii.

Warsztat pokazał, że historia sukcesu polsko-niemieckiej współpracy gospodarczej bynajmniej się nie kończy. Jej kolejny rozdział w większym stopniu oprze się na innowacjach, współpracy technologicznej i wspólnych inwestycjach. Wymaga to stabilnych ram politycznych, nowoczesnej infrastruktury oraz gotowości, by postrzegać relacje gospodarcze nie tylko jako handel między sąsiadami, lecz także jako strategiczne partnerstwo na rzecz konkurencyjności, bezpieczeństwa i odporności gospodarczej Europy.

UCZESTNICY



Dariusz Biernacki,
członek zarządu
Comarch AG



dr Lars Björn Gutheil,
dyrektor generalny i członek
zarządu Polsko-Niemieckiej
Izby Przemysłowo-Handlowej



Dorota Kafara,
Business Development
Manager w Zagranicznym Biurze
Handlowym Polskiej Agencji
Inwestycji i Handlu we Frankfurcie



dr Ewa Łabno-Fałęcka,
koordynatorka inwestycji
Mercedes-Benz w Polsce



Tomasz Salomon,
zastępca dyrektora Departamentu
Handlu i Współpracy Międzynarodowej
Ministerstwa Rozwoju
i Technologii



Adrian Stadnicki,
dyrektor regionalny ds. Europy
Środkowo-Wschodniej
w Komisji Wschodniej
Niemieckiej Gospodarki



Susanne Szech-Koundouros,
dyrektor generalna ds. polityki
europejskiej w Federalnym
Ministerstwie Gospodarki
i Energii

SICHERHEIT



Gemeinsame Sicherheit:

polnische und deutsche Perspektiven auf die Verteidigung Europas

VERANSTALTER:



Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung erschüttert. Gleichzeitig werfen Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen die Frage auf, welchen Beitrag Europa künftig selbst zu seiner Verteidigung leisten muss. Polen und Deutschland verfolgen dabei grundlegende gemeinsame Ziele: die dauerhafte Unterstützung der Ukraine, eine glaubwürdige Abschreckung gegenüber Russland und die Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit. Der Workshop untersuchte, wo sich die sicherheitspolitischen Perspektiven beider Länder bereits angenähert haben, welche Unterschiede fortbestehen und wie daraus eine engere Zusammenarbeit entstehen kann.

Im Mittelpunkt stand zunächst die Frage nach den unmittelbaren Prioritäten. Ein gerechter und dauerhafter Frieden in der Ukraine bleibt die wichtigste Voraussetzung für die Sicherheit des gesamten Kontinents. Solange Russland seinen Angriff fortsetzt, muss Europa die Ukraine militärisch, finanziell und politisch unterstützen. Zugleich darf sich die europäische Sicherheitspolitik nicht auf die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges beschränken. Sie muss langfristig ausgerichtet sein, die eigenen Verteidigungsfähigkeiten ausbauen und deutlich machen, dass weitere Aggressionen mit hohen Kosten verbunden wären.

Die Diskussion zeigte, dass Polen und Deutschland die russische Bedrohung heute wesentlich ähnlicher einschätzen als noch vor wenigen Jahren. Dennoch bestehen Unterschiede, die aus den historischen Erfahrungen, der geografischen Lage und den jeweiligen strategischen Debatten beider Länder resultieren. In Polen wird der russische Imperialismus überwiegend als dauerhaftes Merkmal der Politik Moskaus verstanden. In Deutschland hat der Angriff auf die Ukraine zwar zu einem tiefgreifenden Wandel geführt, zugleich bleibt die Frage offen, wie stabil dieser Kurs bei langfristig steigenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten sein wird. Eine glaubwürdige Partnerschaft erfordert deshalb Klarheit darüber, dass auch ein politischer Wechsel in Moskau nicht automatisch eine grundlegende Abkehr von imperialen Ambitionen bedeutet.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Rolle der NATO und der transatlantischen Beziehungen. Europa muss größere konventionelle Fähigkeiten aufbauen und einen höheren Anteil an seiner eigenen Verteidigung übernehmen. Dies bedeutet jedoch keine Abkehr von den Vereinigten Staaten. Eine stärkere europäische Säule soll das Bündnis festigen und dazu beitragen, Lasten und Ver-

antwortung innerhalb der NATO ausgewogener zu verteilen. Glaubwürdige Abschreckung entsteht nicht allein durch politische Erklärungen. Sie setzt einsatzbereite und angemessen ausgestattete Streitkräfte, ausreichende industrielle Kapazitäten sowie die Fähigkeit voraus, Truppen und Material schnell zu verlegen.

Die Zusammenarbeit innerhalb der NATO und der Europäischen Union kann durch bilaterale und regionale Initiativen wirksam ergänzt werden. Besonderes Potenzial bieten gemeinsame Übungen der polnischen und deutschen Streitkräfte, eine bessere Abstimmung des Bedarfs an Rüstungsgütern sowie engere Verbindungen zwischen den Verteidigungsindustrien beider Länder. Zu einer umfassenden Krisenvorsorge gehören außerdem der Schutz kritischer Infrastruktur, militärische Mobilität und der Ausbau grenzüberschreitender Verkehrswege. Sicherheit lässt sich heute nicht mehr von wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit, stabilen Lieferketten und gesellschaftlicher Resilienz trennen.

Der Workshop machte zugleich deutlich, dass militärische Fähigkeiten allein nicht ausreichen. Eine tragfähige Sicherheitsordnung setzt politisches Vertrauen, verlässliche Absprachen und die Unterstützung der Gesellschaften voraus. Polen und Deutschland müssen daher nicht in jeder strategischen Frage dieselbe Perspektive einnehmen. Entscheidend ist vielmehr, Unterschiede frühzeitig und offen zu besprechen, damit sie gemeinsames Handeln nicht erschweren.

Die europäische Sicherheitsordnung wird sich nicht von selbst stabilisieren. Polen und Deutschland verfügen über das politische Gewicht, die wirtschaftlichen Ressourcen und die sicherheitspolitischen Erfahrungen, um größere Verantwortung für Europa zu übernehmen. Eine wirksame Nutzung dieses Potenzials kann die Verteidigung des Kontinents, die Glaubwürdigkeit der NATO und die dauerhafte Unterstützung der Ukraine stärken.

TEILNEHMENDE



Dr. Pia Fuhrhop,
Leiterin der Forschungsgruppe
Sicherheitspolitik, Stiftung
Wissenschaft und Politik



Dr. Kai-Olaf Lang,
Senior Fellow in der
Forschungsgruppe EU/Europa,
Stiftung Wissenschaft und Politik



Dr. Wojciech Lorenz,
Experte in der Abteilung für
Verteidigungsstrategie und
-planung, Ministerium für Nationale
Verteidigung der Republik Polen



Prof. Dr. Michał Nowosielski,
Direktor, West-Institut in Poznań



Dr. Marcin Terlikowski,
Leiter des Büros für Forschung
und Analysen, Polnisches Institut
für Internationale Angelegenheiten



Stephan Willer,
Stellvertreter des Abteilungsleiters
Politik, Bundesministerium der
Verteidigung



Europa-Saal: Großes Interesse am Thema „Gemeinsame Sicherheit“.



Sicherheitspanel: Kai-Olaf Lang, Wojciech Lorenz, Pia Fuhrhop, Stephan Willer, Marcin Terlikowski, Michał Nowosielski.



Stephan Willer, Marcin Terlikowski, Michał Nowosielski.



Pia Fuhrhop, Stephan Willer, Marcin Terlikowski.

BEZPIECZEŃSTWO



Wspólne bezpieczeństwo:
polskie i niemieckie spojrzenie na obronę Europy

ORGANIZATORZY:



Rosyjska inwazja na Ukrainę zachwiała podstawami europejskiego ładu bezpieczeństwa. Jednocześnie zmiany zachodzące w relacjach transatlantyckich stawiają Europę przed pytaniem, w jakim stopniu powinna ona samodzielnie zadbać o własną obronę. Polska i Niemcy mają w tym zakresie wspólne cele: trwałe wsparcie dla Ukrainy, wiarygodne odstraszenie Rosji oraz zwiększenie zdolności Europy do skutecznego działania. Uczestnicy warsztatu zastanawiali się, w jakich obszarach polskie i niemieckie perspektywy bezpieczeństwa już się do siebie zbliżyły, gdzie nadal występują różnice oraz jak na tej podstawie rozwijać ściślejszą współpracę.

W centrum dyskusji znalazły się najpilniejsze zadania. Sprawiedliwy i trwały pokój w Ukrainie pozostaje podstawowym warunkiem bezpieczeństwa całego kontynentu. Dopóki Rosja kontynuuje agresję, Europa musi wspierać Ukrainę militarnie, finansowo i politycznie. Nie może jednak opierać swojej strategii wyłącznie na nadziei, że wojna wkrótce się zakończy. Potrzebne są długofalowe podejście, rozwój zdolności obronnych oraz jednoznaczny sygnał, że kolejne akty agresji pociągną za sobą wysokie koszty.

Dyskusja pokazała, że percepcja zagrożenia ze strony Rosji jest dziś w Polsce i w Niemczech znacznie bardziej zbliżona niż jeszcze kilka lat temu. Nadal jednak występują różnice wynikające z doświadczeń historycznych, położenia geograficznego oraz przebiegu debat strategicznych w obu krajach. W Polsce rosyjski imperializm jest na ogół postrzegany jako trwała cecha polityki Moskwy. W Niemczech inwazja na Ukrainę doprowadziła do głębokiej zmiany w myśleniu o Rosji. Otwarte pozostaje jednak pytanie, na ile trwały okaże się ten zwrot w sytuacji dalszego wzrostu kosztów gospodarczych i społecznych. Wiarygodne partnerstwo wymaga zatem świadomości, że zmiana przywództwa politycznego w Moskwie nie musi oznaczać rezygnacji Rosji z imperialnych ambicji.

Szczególne miejsce w rozmowie zajęły NATO oraz relacje transatlantyckie. Europa musi rozbudować swoje konwencjonalne zdolności wojskowe i przejąć większą część odpowiedzialności za własną obronę. Nie oznacza to jednak odwrócenia się od Stanów Zjednoczonych. Silniejszy europejski filar powinien wzmacniać Sojusz i prowadzić do bardziej równomiernego podziału obowiązków oraz kosztów między państwami NATO. Wiarygodnego odstraszenia nie zapewnią same deklaracje polityczne. Jego podstawą są odpowiednio wyposażone i gotowe do działania siły zbrojne, wystarczające zdolności przemysłowe oraz możliwość szybkiego przemieszczania wojsk i sprzętu.

Działania podejmowane w ramach NATO i Unii Europejskiej mogą skutecznie uzupełniać inicjatywy dwustronne i regionalne. Szczególny potencjał mają wspólne ćwiczenia polskich i niemieckich sił zbrojnych, uzgadnianie potrzeb w zakresie uzbrojenia oraz rozwijanie powiązań między przemysłami obronnymi obu krajów. Kompleksowe przygotowanie do sytuacji kryzysowych wymaga również ochrony infrastruktury krytycznej, zapewnienia mobilności wojskowej oraz rozbudowy transgranicznych połączeń transportowych. Bezpieczeństwa nie można dziś oddzielać od odporności gospodarczej, stabilnych łańcuchów dostaw i zdolności społeczeństw do funkcjonowania w warunkach długotrwałych zagrożeń.

Warsztat pokazał zarazem, że same zdolności wojskowe nie wystarczą. Trwały ład bezpieczeństwa wymaga zaufania politycznego, wiarygodnych uzgodnień oraz społecznego poparcia dla podejmowanych działań. Polska i Niemcy nie muszą identycznie oceniać każdej kwestii strategicznej. Najważniejsze jest odpowiednio wczesne i otwarte omawianie różnic, aby nie utrudniały one wspólnego działania.

Europejski ład bezpieczeństwa nie ustabilizuje się sam. Polska i Niemcy dysponują potencjałem politycznym i gospodarczym oraz doświadczeniem w dziedzinie bezpieczeństwa, które pozwalają im przejść większą odpowiedzialność za Europę. Skuteczne wykorzystanie tych zasobów może wzmocnić obronę kontynentu, wiarygodność NATO i trwałość wsparcia dla Ukrainy.

UCZESTNICY



dr Pia Fuhrhop,
kierowniczka Zespołu
Badawczego ds. Polityki
Bezpieczeństwa Fundacji Nauka
i Polityka



dr Kai-Olaf Lang,
starszy ekspert w Zespole
Badawczym UE/Europa Fundacji Na-
uka i Polityka



dr Wojciech Lorenz,
ekspert w Departamencie Strategii
i Planowania Obronnego
Ministerstwa Obrony Narodowej
Rzeczypospolitej Polskiej



prof. Michał Nowosielski,
dyrektor Instytutu Zachodniego
w Poznaniu



dr Marcin Terlikowski,
kierownik Biura Badań i Analiz
Polskiego Instytutu Spraw
Międzynarodowych



Stephan Willer,
zastępca dyrektora generalnego
ds. polityki w Federalnym
Ministerstwie Obrony

GESELLSCHAFT

Zivilgesellschaft als Impuls für die Politik

VERANSTALTER:

dpgb

Deutsch-Polnische Gesellschaft
Bundesverband e.V.



Krajowy
Związek Towarzystw
Polsko-Niemieckich



DOM WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
HAUS DER DEUTSCH-POLNISCHEN
ZUSAMMENARBEIT



Einführung in den Workshop zur Zivilgesellschaft:
Alexandra Burdziej und Irene Hahn-Fuhr.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen werden nicht allein durch Regierungen und staatliche Institutionen geprägt. Ihre Stabilität beruht ebenso auf dem täglichen Engagement von Vereinen, Kommunen, Medien, Kultureinrichtungen, Religionsgemeinschaften, Minderheitenorganisationen und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Der Workshop untersuchte, wie diese vielfältigen Akteure neue Impulse für die bilaterale Zusammenarbeit geben und in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, wachsender Desinformation und grenzüberschreitender Krisen zum gegenseitigen Vertrauen beitragen können.

In einem interaktiven World-Café arbeiteten die Teilnehmenden an mehreren Thementischen. Im Mittelpunkt standen die deutsch-polnische Solidarität in Krisenzeiten, Medien und wechselseitige Wahrnehmungen, die Bedeutung der deutschen Minderheit und der Polonia, kulturelle und religiöse Begegnungsprojekte, Städtepart-



Wojciech Szymański im Gespräch
mit dem Polenbeauftragten Knut Abraham.

nerschaften sowie lokale Initiativen. Die offene Form ermöglichte es, Erfahrungen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern zusammenzuführen und die Perspektiven der Teilnehmenden unmittelbar in die Gespräche einzubeziehen.

Ein zentrales Thema war die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke, rasch auf neue Herausforderungen zu reagieren. Migration, Naturkatastrophen, soziale Notlagen und Sicherheitskrisen machen nicht an nationalen Grenzen halt. Besonders in den Grenzregionen zeigt sich, wie wichtig persönliche Kontakte, eingespielte Kooperationsstrukturen und ein verlässlicher Informationsaustausch sind. Gleichzeitig wurde deutlich, dass lokale Erfahrungen und Bedürfnisse in politischen Entscheidungsprozessen noch stärker berücksichtigt werden müssen.

Intensiv diskutiert wurde auch über die Rolle der Medien. Die öffentliche Wahrnehmung des Nachbarlandes wird weiterhin von vereinfachenden Erzählungen, punktueller Berichterstattung und überlieferten Stereotypen beeinflusst. Digitale Plattformen und gezielte Desinformation können bestehende Vorurteile zusätzlich verstärken. Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen deshalb vor der Aufgabe, nicht nur wertvolle Projekte zu verwirklichen, sondern deren Ergebnisse auch überzeugend zu kommunizieren. Mehr Sichtbarkeit für gelungene Zusammenarbeit kann dazu beitragen, ein differenzierteres Bild des Nachbarlandes zu vermitteln.

Eine besondere Brückenfunktion kommt der deutschen Minderheit in Polen und der Polonia in Deutschland zu. Menschen, die mit beiden Sprachen, Kulturen und gesellschaftlichen Erfahrungen

vertraut sind, können Missverständnisse beseitigen, Kontakte herstellen und den Dialog zwischen den Gesellschaften fördern. Damit dieses Potenzial stärker genutzt werden kann, braucht es jedoch tragfähige Organisationsstrukturen, gesellschaftliche Anerkennung und eine angemessene Repräsentation in öffentlichen Debatten.

Kulturelle Projekte, religiöse und bürgerschaftliche Initiativen sowie Städtepartnerschaften schaffen wiederum Begegnungsräume jenseits der großen Politik. Musik, Literatur, Kunst und lokale Veranstaltungen bringen Menschen zusammen, die einander andernfalls kaum begegnen würden. Schulkooperationen, Jugendprojekte, zivilgesellschaftliche Netzwerke und der Austausch zwischen Kommunen lassen langfristige Beziehungen entstehen, die auch politische Spannungen überdauern können. Gerade solche Initiativen arbeiten jedoch häufig unter unsicheren finanziellen Bedingungen. Kurzfristige Projektförderungen erschweren es, Strukturen aufzubauen und erfolgreiche Zusammenarbeit dauerhaft fortzuführen.



Junge engagierte Menschen
beim Vernetzen und Erfahrungsaustausch.

Der Workshop machte deutlich, dass Zivilgesellschaft kein ergänzender Bestandteil der deutsch-polnischen Beziehungen ist, sondern eines ihrer Fundamente. Sie erkennt gesellschaftliche Veränderungen häufig frühzeitig, entwickelt praktische Lösungen und schafft Vertrauen dort, wo staatliches Handeln an Grenzen stößt. Ihre Erfahrungen sollten daher stärker in politische Prozesse einfließen. Die Zukunft guter Nachbarschaft entscheidet sich nicht nur in politischen Verhandlungen, sondern ebenso in den Städten und Gemeinden, in Redaktionen und Kulturhäusern, in Vereinen, Schulen und persönlichen Begegnungen.

TEILNEHMENDE



Joachim Bleicker,
Vorstandsmitglied,
Deutsch-Polnische
Gesellschaft Berlin



Dr. Aleksandra Burdziej,
Vorsitzende, Landesverband
der Polnisch-Deutschen
Gesellschaften



Lucjan Dzumla,
Generaldirektor, Haus
der Deutsch-Polnischen
Zusammenarbeit



Sandra Ewers,
Referentin für Jugendbegegnungen im Sport, Deutsch-Polnisches Jugendwerk



Dr. Agnieszka Filipiak,
Vorsitzende,
Polnisch-Deutsche
Gesellschaft in Poznań



Jakub Garsta,
Lehrer, Hochschuldozent und
Koordinator deutsch-polnischer Bildungs- und Begegnungsprojekte



Irene Hahn-Fuhr,
Vorstandsmitglied der Stiftung für
deutsch-polnische Zusammenarbeit,
Mitglied der Geschäftsführung beim
Zentrum Liberale Moderne



Simona Koß,
Vorsitzende,
Deutsch-Polnische
Gesellschaft Bundesverband



Iwona Kowalczyk,
Leiterin des Teams für deutsch-polnische
Jugendzusammenarbeit, Verband der
Polnischen Gemeinden der Euroregion
Pomerania



Dr. Anna Poznańska,
Leiterin des Bereichs Kommunikation und Internationale
Zusammenarbeit, Stiftung
Kreisau für Europäische
Verständigung



Dr. Marcin Przybysz,
Referatsleiter, Landesamt für zentrale
Aufgaben und Technik der Polizei,
Brand- und Katastrophenschutz
Mecklenburg-Vorpommern



Oliver Spatz,
Projektleiter,
Kulturzug



Wojciech Szymański,
Chefredakteur, DIALOG online

SPOŁECZEŃSTWO

Spółeczeństwo obywatelskie jako impuls dla polityki

ORGANIZATORZY:

dpgb

Deutsch-Polnische Gesellschaft
Bundesverband e.V.



Krajowy
Związek Towarzystw
Polsko-Niemieckich



DOM WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
HAUS DER DEUTSCH-POLNISCHEN
ZUSAMMENARBEIT

Stosunki między Polską a Niemcami kształtują nie tylko rządy i instytucje państwowe. Ich trwałość opiera się również na codziennym zaangażowaniu stowarzyszeń, samorządów, mediów, instytucji kultury, wspólnot religijnych, organizacji mniejszościowych oraz aktywnych obywateli. Uczestnicy warsztatu zastanawiali się, w jaki sposób tak różnorodne środowiska mogą nadawać dynamikę współpracy dwustronnej i wzmacniać wzajemne zaufanie w czasach polaryzacji społecznej, nasilającej się dezinformacji, a także kryzysów przekraczających granice państw.

Warsztat odbył się w interaktywnej formule World Café. Rozmowy przy stolikach tematycznych dotyczyły polsko-niemieckiej solidarności w sytuacjach kryzysowych, roli mediów i wzajemnego postrzegania obu społeczeństw, znaczenia mniejszości niemieckiej i spraw Polonii, ponadto projektów kulturalnych, inicjatyw religijnych i obywatelskich, partnerstw miast oraz współpracy lokalnej. Taka formuła pozwoliła połączyć doświadczenia osób działających w różnych obszarach i bezpośrednio włączyć uczestników w dyskusję.



Lucjan Dzumla przedstawiający pracę
Domu Współpracy Polsko-Niemieckiej i rolę mniejszości niemieckiej w Polsce.



Joachim Bleicker o partnerstwie miast jako fundamencie kontaktów i współpracy mieszkańców.

Jednym z głównych tematów była zdolność społeczeństwa obywatelskiego do szybkiego reagowania na nowe zagrożenia. Migracje, klęski żywiołowe, problemy społeczne i kryzysy bezpieczeństwa nie kończą się na granicach państw. Zwłaszcza w regionach przygranicznych widać, jak ważne są bezpośrednie kontakty, sprawdzone mechanizmy współpracy i sprawny przepływ informacji. Jednocześnie zwracano uwagę, że doświadczenia lokalnych społeczności i ich potrzeby powinny być w większym stopniu uwzględniane przy podejmowaniu decyzji politycznych.

Wiele uwagi poświęcono również roli mediów. Sposób postrzegania sąsiedniego kraju nadal bywa kształtowany przez uproszczone narracje, wybiórcze relacjonowanie i utrwalone stereotypy. Platformy cyfrowe oraz celowo rozpowszechniana dezinformacja mogą dodatkowo wzmacniać istniejące uprzedzenia. Organizacje społeczne powinny więc nie tylko realizować wartościowe przedsięwzięcia, lecz także skutecznie informować o ich rezultatach. Szersze upowszechnianie udanych przykładów współpracy może przyczynić się do tworzenia bardziej zróżnicowanego i bliższego rzeczywistości obrazu sąsiada.

Szczególna rola przypada mniejszości niemieckiej w Polsce oraz Polonii w Niemczech. Osoby znające oba języki i kultury oraz realia życia w obu krajach mogą wyjaśniać nieporozumienia, ułatwiać nawiązywanie kontaktów i wspierać dialog między społeczeństwami. Aby lepiej wykorzystać ten potencjał, potrzebne są jednak trwałe struktury organizacyjne, odpowiednia reprezentacja w debacie publicznej oraz większe uznanie dla działalności tych środowisk.

Projekty kulturalne, inicjatywy religijne i obywatelskie oraz partnerstwa miast tworzą z kolei przestrzeń spotkań poza światem wielkiej polityki. Muzyka, literatura, sztuka i lokalne wydarzenia łączą ludzi, którzy w innych okolicznościach prawdopodobnie nigdy by się nie poznali. Współpraca szkół, projekty młodzieżowe, sieci organizacji społecznych i kontakty między samorządami pozwalają budować relacje zdolne przetrwać także okresy napięć politycznych. Wiele takich inicjatyw działa jednak w niepewnych warunkach finansowych. Krótkoterminowe finansowanie projektowe nie przekłada się na tworzenie trwałych struktur i kontynuowanie przedsięwzięć, które przyniosły dobre rezultaty.

Warsztat pokazał, że społeczeństwo obywatelskie nie jest jedynie uzupełnieniem stosunków polsko-niemieckich, lecz stanowi jeden z ich fundamentów. Jego przedstawiciele często jako pierwsi dostrzegają zachodzące zmiany społeczne, proponują praktyczne rozwiązania i budują zaufanie tam, gdzie możliwości działania instytucji państwowych są ograniczone. Ich wiedza i doświadczenia powinny zatem w większym stopniu znajdować odzwierciedlenie w procesach politycznych. O przyszłości dobrego sąsiedztwa decydują bowiem nie tylko negocjacje między rządami, lecz także działania podejmowane w miastach i gminach, redakcjach i instytucjach kultury, stowarzyszeniach, szkołach oraz podczas bezpośrednich spotkań.

UCZESTNICY



Joachim Bleicker,
członek zarządu Towarzystwa
Niemiecko-Polskiego w Berlinie



dr Aleksandra Burdziej,
przewodnicząca
Krajowego Związku Towarzystw
Polsko-Niemieckich



Lucjan Dzumla,
dyrektor generalny
Domu Współpracy
Polsko-Niemieckiej



Sandra Ewers,
referentka ds. młodzieżowej
wymiany sportowej
w Polsko-Niemieckiej
Współpracy Młodzieży



dr Agnieszka Filipiak,
przewodnicząca Towarzystwa
Polsko-Niemieckiego w Poznaniu



Jakub Garsta,
nauczyciel, wykładowca
akademicki i koordynator
polsko-niemieckich projektów
edukacyjnych i wymiany



Irene Hahn-Fuhr,
członkini zarządu Fundacji
Współpracy Polsko-Niemieckiej
i członkini kierownictwa Centrum
Liberalnej Nowoczesności



Simona Koß,
przewodnicząca
Federalnego Związku
Towarzystw Niemiecko-Polskich



Iwona Kowalczyk,
kierowniczka zespołu ds.
polsko-niemieckiej współpracy
młodzieży w Stowarzyszeniu Gmin
Polskich Euroregionu Pomerania



dr Anna Poznańska,
kierowniczka Działu
Komunikacji i Współpracy
Międzynarodowej Fundacji
„Krzyżowa” dla Porozumienia
Europejskiego



Dr. Marcin Przybysz,
kierownik referatu w Krajowym
Urzędzie ds. Zadań Centralnych
i Techniki Policji oraz Ochrony
Przeciwpożarowej i przed Katastrofami
Meklemburgii-Pomorza Przedniego



Oliver Spatz,
kierownik projektu
„Pociąg do Kultury”



Wojciech Szymański,
redaktor naczelny magazynu
internetowego „DIALOG”



Interaktywna dyskusja z udziałem uczestników.

BILDUNG



Historische Bildung als Grundlage internationaler Verständigung

VERANSTALTER:



Berlin
Zentrum für Historische
Forschung

Geschichtsunterricht vermittelt weit mehr als Daten und Ereignisse. Er prägt die Vorstellungen junger Menschen von der eigenen Gesellschaft, von ihren Nachbarn und von Europas Vergangenheit. Lehrpläne und Schulbücher folgen dabei immer noch allzu häufig nationalstaatlich gerahmten oder etablierten Deutungsmustern. Erfahrungen anderer Gesellschaften werden bisweilen nur am Rande behandelt, historische Zusammenhänge aus einer vorwiegend nationalen Perspektive dargestellt. Der Workshop widmete sich deshalb der Frage, wie historisch-politische Bildung unterschiedliche Sichtweisen sichtbar machen und damit zu internationaler Verständigung und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen kann.

Im Zentrum der Diskussion stand die langjährige Tätigkeit der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen. Sie zeigt beispielhaft, wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus beiden Ländern auch kontroverse Kapitel der gemeinsamen Vergangenheit, die oft in die Gegenwart hinein nachwirkt, in einem kontinuierlichen, von gegenseitigem Respekt getragenen Dialog bearbeiten können. Diese Kooperation war eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung der vierbändigen Schulbuchreihe „Europa – Unsere Geschichte“, deren erster Band 2017 und letzter Band 2020 erschien.

Die Reihe verfolgt einen multiperspektivischen Ansatz. Sie präsentiert Geschichte nicht als abgeschlossene Erzählung mit ausschließlich richtigen oder falschen Deutungen, sondern lädt Schülerinnen und Schüler dazu ein, unterschiedliche Quellen, Erfahrungen und Perspektiven miteinander zu vergleichen. Damit vermittelt sie nicht nur historisches Wissen, sondern fördert auch die Fähigkeit, Argumente einzuordnen, Widersprüche auszuhalten und dialogfähige Schlussfolgerungen zu ziehen. Gerade angesichts der wachsenden Bedeutung künstlicher Intelligenz und schnell verfügbarer, scheinbar eindeutiger Antworten gewinnt diese Form des kritischen Denkens zusätzlich an Bedeutung.

Zugleich wurde deutlich, dass die wissenschaftliche und didaktische Qualität eines Schulbuchs allein seinen Erfolg im Unterricht noch nicht garantiert. Lehrpläne, föderale Bildungsstrukturen, Zulassungsverfahren und unterschiedliche Unterrichtstraditionen beeinflussen in hohem Maße seine Verbreitung. Entscheidend ist nicht zuletzt, Lehrkräfte mit praxisnahen Materialien, Fortbildungen und erprobten Unterrichtskonzepten zu unterstützen. Aus den Erfahrungen mit „Europa

– Unsere Geschichte“ ergibt sich daher die Aufgabe, die vorhandenen Inhalte stärker in den schulischen Alltag zu integrieren und ihre Anwendung kontinuierlich zu begleiten.

Die deutsch-polnische Schulbucharbeit besitzt auch über den bilateralen Kontext hinaus Modellcharakter. Im Workshop wurde daher erörtert, inwieweit ihre Erfahrungen auf weitere multilaterale Bildungsprojekte übertragen werden können. Ein besonderer Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Polen und der Ukraine. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur die politische Ordnung Europas erschüttert, sondern auch die Bedeutung historischer Narrative, gesellschaftlicher Erinnerung und nationaler Selbstbilder stärker hervortreten lassen. Ein gemeinsames Bildungsprojekt muss unterschiedliche Erfahrungen anerkennen, ohne kontroverse Themen auszublenden oder vorschnell auf eine einheitliche Interpretation zu reduzieren. Das birgt Chancen für eine wissenschaftlich fundierte Schulbuchdiplomatie.

Historisch-politische Bildung kann Verständigung nicht verordnen. Sie kann jedoch einen Raum schaffen, in dem unterschiedliche Perspektiven wahrgenommen, vermeintliche Gewissheiten hinterfragt und Konflikte sachlich behandelt werden. Der Workshop machte deutlich, dass gemeinsame Schulbuchprojekte deshalb mehr sind als wissenschaftliche oder pädagogische Vorhaben. Sie schaffen Vertrauen zwischen Institutionen und Gesellschaften und vermitteln jungen Menschen, dass Geschichte – aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet – wichtige Erkenntnisse für unsere bewegte Gegenwart generieren kann. Darin liegt ihr besonderer Beitrag zu einer europäischen Erinnerungskultur, die Unterschiede nicht einebnet, sondern zum Ausgangspunkt für Dialog und Verständigung macht.

TEILNEHMENDE



Prof. Eckhardt Fuchs,
Direktor, Leibniz-Institut für
Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut



Prof. Violetta Julkowska,
Ko-Vorsitzende, Gemeinsame
Deutsch-Polnische Schulbuchkommission
der Historiker und Geographen



Prof. Igor Kąkolewski,
Direktor, Zentrum für Historische For-
schung Berlin der Polnischen Akademie
der Wissenschaften



Dr. Verena Laubinger,
Präsidiumsmitglied, Gemeinsame
Deutsch-Polnische Schulbuchkommission
der Historiker und Geographen



Dr. Dominik Pick,
Wissenschaftlicher Sekretär der polni-
schen Sektion, Gemeinsame Deutsch-
-Polnische Schulbuchkommission der
Historiker und Geographen



Dr. habil. Steffen Sammler,
Projektleiter EFREC, Leibniz-Institut für
Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut



Prof. Tomasz Stryjek,
Professor, Institut für Politische Studien
der Polnischen Akademie der
Wissenschaften und Universität Civitas



Dr. Stephan Theilig,
Lehrer für Geschichte und Spanisch,
Campus Oberbarnimschulen



Dr. Marcin Wiatr,
Wissenschaftlicher Sekretär der deutschen Sektion,
Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission
der Historiker und Geographen

EDUKACJA



Edukacja historyczna jako podstawa porozumienia międzynarodowego

ORGANIZATORZY:



Berlin
Zentrum für Historische
Forschung

Przekazywanie wiedzy o datach i wydarzeniach nie jest zasadniczym zadaniem edukacji historycznej. Chodzi o coś szerszego: kształtowanie wyobrażeń młodych ludzi o własnym społeczeństwie, sąsiadach oraz przeszłości Europy. Zarówno programy nauczania, jak i podręczniki nadal zbyt często opierają się na utrwalonych schematach interpretacyjnych lub narracjach zorientowanych na państwa narodowe. Doświadczenia innych społeczeństw bywają traktowane marginalnie, a procesy historyczne ukazują się głównie z perspektywy narodowej. Uczestnicy warsztatu zastanawiali się, w jaki sposób edukacja historyczna i obywatelska może ukazywać różne punkty widzenia, przyczyniając się tym samym do porozumienia międzynarodowego i spójności społecznej.

W centrum dyskusji znalazła się wieloletnia działalność Wspólnej Polsko-Niemieckiej Komisji Podręcznikowej Historyków i Geografów. Stanowi ona przykład tego, jak naukowcy z obu krajów mogą podejmować – w ramach systematycznego dialogu opartego na wzajemnym szacunku – także kontrowersyjne wątki wspólnej przeszłości, której skutki niejednokrotnie odczuwamy do dziś. Współpraca ta stworzyła istotne podstawy do opracowania czterotomowej serii podręczników „Europa. Nasza historia”. Jej pierwszy tom ukazał się w 2017 roku, a ostatni w 2020 roku.

Seria uwzględnia wiele perspektyw. Nie przedstawia historii jako zamkniętej opowieści, w której poszczególne interpretacje są jednoznacznie słuszne lub błędne, lecz zachęca uczniów do porównywania różnych źródeł, doświadczeń i punktów widzenia. Nie tylko przekazuje więc wiedzę historyczną, lecz również rozwija umiejętność oceny argumentów, akceptowania rozbieżności i formułowania wniosków sprzyjających otwarciu na odmienne stanowiska. W obliczu rosnącego znaczenia sztucznej inteligencji i łatwo dostępnych, pozornie jednoznacznych odpowiedzi taka forma krytycznego myślenia zyskuje dodatkową wartość.

Uczestnicy zwrócili jednocześnie uwagę, że wysoki poziom naukowy i dydaktyczny podręcznika nie gwarantuje jego sukcesu w praktyce szkolnej. Jego upowszechnienie zależy od programów nauczania, procedur dopuszczania podręczników do użytku, a w przypadku Niemiec także od zdecentralizowanej struktury systemu oświaty. Niezwykle istotne jest również zapewnienie nauczycielom dostępu do praktycznych materiałów, szkoleń oraz sprawdzonych metod dydaktycznych. Doświadczenia związane z serią „Europa. Nasza historia” wskazują zatem na potrzebę



Sala Stresemanna: warsztat poświęcony edukacji historycznej z udziałem delegacji Wspólnej Polsko-Niemieckiej Komisji Podręcznikowej.



Moderator warsztatu Marcin Wiatr oraz Stephan Theilig.

szerszego włączenia istniejących treści do codziennej praktyki szkolnej oraz stałego wspierania ich wykorzystania na lekcjach.

Model polsko-niemieckiej współpracy podręcznikowej może sprawdzić się nie tylko w relacjach dwustronnych. Uczestnicy warsztatu zastanawiali się więc, na ile doświadczenia zdobyte w ramach współpracy można wykorzystać w kolejnych wielostronnych inicjatywach edukacyjnych. Szczególne miejsce w dyskusji zajęła współpraca Polski, Niemiec i Ukrainy. Rosyjska inwazja na Ukrainę nie tylko zachwiała porządkiem politycznym w Europie, lecz również ukazała znaczenie i rolę narracji historycznych, pamięci społecznej oraz narodowych wyobrażeń i mitów. Wspólny projekt edukacyjny musi uwzględniać różnorodność doświadczeń, nie przemilczając kwestii spornych ani nie sprowadzając ich przedwcześnie do jednej interpretacji. Stwarza to szansę na rozwój dyplomacji podręcznikowej opartej na wiedzy naukowej.

Edukacja historyczna i obywatelska nie może narzucić porozumienia. Może jednak tworzyć przestrzeń, w której widać różne perspektywy, pozorne oczywistości poddaje się krytycznej refleksji, a konflikty omawia się rzeczowo. Warsztat pokazał, że wspólne projekty podręcznikowe są czymś więcej niż przedsięwzięciami naukowymi czy pedagogicznymi. Budują zaufanie między instytucjami i społeczeństwami, a młodym ludziom uświadamiają, że historia – rozpatrywana z różnych punktów widzenia – może dostarczać ważnych wskazówek pomocnych w rozumieniu współczesności. Na tym polega ich szczególny wkład w europejską kulturę pamięci, która nie zaciera różnic, lecz czyni je punktem wyjścia do dialogu i wzajemnego zrozumienia.

UCZESTNICY



prof. Eckhardt Fuchs,
dyrektor Instytutu Leibniza ds. Mediów
Edukacyjnych | Instytut Georga Eckerta



prof. Violetta Julkowska,
współprzewodnicząca Wspólnej Polsko-
-Niemieckiej Komisji Podręcznikowej
Historyków i Geografów



prof. Igor Kąkolewski,
dyrektor Centrum Badań Historycznych
Polskiej Akademii Nauk w Berlinie



dr Verena Laubinger,
członkini prezydium, Wspólna Polsko-
-Niemiecka Komisja Podręcznikowa
Historyków i Geografów



dr Dominik Pick,
sekretarz naukowy polskiej sekcji,
Wspólna Polsko-Niemiecka Komisja
Podręcznikowa Historyków i Geografów



dr hab. Steffen Sammler,
pracownik naukowy w Instytucie
Leibniza ds. mediów edukacyjnych |
Instytut Georga Eckerta



prof. Tomasz Stryjek,
Instytut Studiów Politycznych Polskiej
Akademii Nauk i Uniwersytet Civitas



dr Stephan Theilig,
nauczyciel historii i języka
hiszpańskiego,
Campus Oberbarnimschulen



dr Marcin Wiatr,
sekretarz naukowy niemieckiej sekcji,
Wspólna Polsko-Niemiecka Komisja
Podręcznikowa Historyków i Geografów



Der Warschauer Schriftsteller Jul Łyskawa.

KULTUR



Literatur als Katalysator für Verständigung

VERANSTALTER:



Literatur kann Grenzen überschreiten, Erfahrungen vermitteln und Leserinnen und Leser mit Lebenswelten vertraut machen, die ihnen zunächst fremd erscheinen. Doch muss sie sich dafür ausdrücklich mit nationaler Identität, Geschichte und den Beziehungen zwischen Gesellschaften befassen? Oder liegt ihre verbindende Kraft gerade darin, individuelle Erfahrungen und grundlegende menschliche Fragen jenseits nationaler Zuordnungen zu erzählen? Diesen Fragen widmete sich das deutsch-polnische Literaturgespräch mit den Schriftstellern Jul Țyskawa und Marius Goldhorn, moderiert von der Journalistin und Publizistin Shelly Kupferberg.

Im Mittelpunkt standen zwei Romane, die auf unterschiedliche Weise gesellschaftliche Veränderungen und die Wirkung von Erzählungen untersuchen. Jul Țyskawas preisgekröntes Debüt „Die wahre Geschichte von Jeffrey Waters und seinen Vätern“ entwirft eine vielstimmige, von satirischen und fantastischen Elementen geprägte Welt in einer amerikanischen Kleinstadt. Familiäre Geschichten, Naturereignisse, Popkultur und mediale Mechanismen verbinden sich darin zu einem weit verzweigten literarischen Panorama. Marius Goldhorns Roman „Die Prozesse“ führt hingegen in eine digitale Zukunft, in der politische Unruhen, virtuelle Welten, Archive und persönliche Verluste ineinandergreifen. Beide Werke lösen sich bewusst von einem unmittelbar deutschen oder polnischen Schauplatz und richten den Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen, die sich nicht auf einen nationalen Kontext begrenzen lassen.

Die Lesungen und das anschließende Gespräch machten deutlich, dass Literatur unterschiedliche Wege zur Verständigung eröffnen kann. Sie muss nicht notwendigerweise eine gemeinsame Geschichte erklären oder politische Antworten formulieren. Auch Erzählungen, die räumlich und zeitlich Abstand zur Gegenwart schaffen, können vertraute Perspektiven infrage stellen und einen neuen Blick auf gesellschaftliche Wirklichkeit ermöglichen. Gerade Fiktion erlaubt es, Identität, Verantwortung und Zugehörigkeit auf indirekte Weise zu verhandeln.

Dabei wurde auch die Frage nach der gesellschaftlichen Wirksamkeit von Literatur aufgeworfen. Bücher verändern politische Verhältnisse selten unmittelbar. Ihre besondere Kraft liegt vielmehr in den fiktiven Erfahrungswelten, die sie den einzelnen Leserinnen und Lesern eröffnen. Auf diese Weise kann Literatur Wahrnehmungen verschieben, Ambivalenzen sichtbar machen und Erfahrun-

gen vermitteln, die sich einer einfachen Bewertung entziehen. Verständigung entsteht in diesem Sinne nicht durch eine eindeutige Botschaft, sondern durch die Bereitschaft, sich auf andere Stimmen, unbekannte Zusammenhänge und ungewohnte Formen des Erzählens einzulassen.

Ein wichtiger Aspekt des Gesprächs war die literarische Übersetzung. Erst Übersetzerinnen und Übersetzer ermöglichen es einem Werk, den eigenen Sprachraum zu verlassen und in einem anderen kulturellen Umfeld gelesen zu werden. Ihre Arbeit besteht nicht allein in der Übertragung einzelner Wörter. Sie vermittelt Ton, Rhythmus, Anspielungen und kulturelle Zusammenhänge und wird damit selbst zu einem kreativen Bestandteil des literarischen Austauschs. Vor diesem Hintergrund erhält auch die geplante deutsche Ausgabe von Łyskawas Roman eine besondere Bedeutung: Sie eröffnet dem Werk einen neuen Resonanzraum und ermöglicht eine Begegnung zwischen Autor, Text und Lesepublikum über Sprachgrenzen hinweg.

Das Gespräch zeigte zugleich, dass eine jüngere Generation von Autoren nicht primär über nationale Kategorien oder im Zeichen historischer Repräsentation schreibt. Universalität, digitale Lebenswelten, Popkultur, gesellschaftliche Entfremdung und individuelle Erinnerung treten neben klassische Fragen nationaler Identität. Darin liegt eine produktive Herausforderung für den deutsch-polnischen Kulturdiallog: Er sollte offen sein für Werke, die nicht ausdrücklich von beiden Ländern handeln, aber dennoch neue Gespräche zwischen ihren Gesellschaften anregen können. Literatur wird so zum Katalysator der Verständigung, gerade ohne Verständigung erzwingen zu wollen. Sie schafft keine fertigen Übereinkünfte, sondern Räume für Neugier, Irritation und Perspektivwechsel. Genau darin liegt ihre verbindende Kraft.

TEILNEHMENDE



Marius Goldhorn,
Schriftsteller und Autor der Romane
„Park“ und „Die Prozesse“



Shelly Kupferberg,
Journalistin, Moderatorin
und Schriftstellerin



Jul Łyskawa,
Schriftsteller und Autor des Romans „Die wahre
Geschichte von Jeffrey Waters und seinen Vätern“

KULTURA

Literatura jako katalizator porozumienia

ORGANIZATORZY:



Literatura potrafi przekraczać granice, przybliżać doświadczenia oraz wprowadzać czytelniczki i czytelników w rzeczywistość, która początkowo może wydawać się im obca. Czy jednak musi w tym celu bezpośrednio podejmować kwestie tożsamości narodowej, historii i relacji między społeczeństwami? A może jej zdolność do budowania porozumienia polega właśnie na opowiadaniu o indywidualnych doświadczeniach i podstawowych ludzkich problemach ponad podziałami narodowymi? Polsko-niemiecka rozmowa z pisarzami Julem Łyskawą i Mariusem Goldhornem poświęcona była właśnie tym pytaniom. Moderację przejęła dziennikarka i publicystka Shelly Kupferberg.

W centrum spotkania znalazły się dwie powieści, które w odmienny sposób opowiadają o przemianach społecznych i sile oddziaływania narracji. Wielokrotnie nagradzany debiut Jula Łyskawy „Prawdziwa historia Jeffreya Watersa i jego ojców” (Wydawnictwo Czarne, 2024) przedstawia wielogłosowy świat amerykańskiego miasteczka, pełen elementów satyrycznych i fantastycznych. Historie rodzinne, zjawiska naturalne, popkultura i mechanizmy medialne składają się w nim na rozbudowaną literacką panoramę. Powieść Mariusa Goldhorna „Die Prozesse” (Kiepenheuer & Witsch Verlag, 2025) przenosi natomiast czytelnika w cyfrową przyszłość, w której napięcia polityczne, wirtualne przestrzenie, archiwa i osobiste doświadczenia utraty wzajemnie się przenikają. Oba utwory świadomie rezygnują z bezpośredniego osadzenia akcji w polskich lub niemieckich realiach, kierując uwagę ku zjawiskom społecznym wykraczającym poza kontekst jednego kraju.



Biblioteka w Federalnym Ministerstwie Spraw Zagranicznych.

Zaprezentowane fragmenty i późniejsza rozmowa pokazały, że literatura może otwierać różne drogi do wzajemnego zrozumienia. Nie musi przy tym objaśniać wspólnej historii ani formułować odpowiedzi

politycznych. Opowieści odległe w czasie i przestrzeni także skłaniają do kwestionowania utrwalonych schematów i pozwalają inaczej spojrzeć na otaczającą nas rzeczywistość. Fikcja literacka umożliwia podejmowanie kwestii tożsamości, odpowiedzialności i przynależności w sposób pośredni, bez narzucania jednoznacznych interpretacji.

Podczas spotkania pojawiło się również pytanie o społeczne oddziaływanie literatury. Książki rzadko bezpośrednio zmieniają rzeczywistość polityczną. Ich szczególna siła polega raczej na otwieraniu przed poszczególnymi czytelnikami fikcyjnych światów i umożliwianiu im doświadczenia innych punktów widzenia. Literatura może dzięki temu zmieniać sposób postrzegania rzeczywistości, ukazywać jej niejednoznaczność i przybliżać doświadczenia, które wymykają się prostym ocenom. Porozumienie nie rodzi się w takim ujęciu z jednoznacznego przesłania, lecz z gotowości do wstuchania się w inne głosy, odkrywania nieznanego kontekstów i obcowania z nieoczywistymi formami narracji.

Przekład literacki był ważnym wątkiem rozmowy. To właśnie tłumaczki i tłumacze umożliwiają dziełu przekroczenie granic własnego języka i zaistnienie w innym kontekście kulturowym. Ich praca nie sprowadza się do przekładania poszczególnych słów. Obejmuje również oddanie tonu, rytmu, aluzji i kontekstów kulturowych, sama stając się twórczym elementem wymiany literackiej. W tym świetle szczególnego znaczenia nabiera planowane niemieckie wydanie powieści Julia Łyskawy. Otworzy ono przed książką nową przestrzeń odbioru i umożliwi spotkanie autora, tekstu i czytelników ponad granicami językowymi.

Rozmowa pokazała, że młodsze pokolenie pisarzy niekoniecznie tworzy przede wszystkim w kategoriach narodowych ani z myślą o reprezentowaniu określonego doświadczenia historycznego. Uniwersalne problemy, cyfrowe światy, popkultura, wyobcowanie społeczne i pamięć jednostki pojawiają się obok klasycznych pytań o tożsamość narodową. Stanowi to twórcze wyzwanie dla polsko-niemieckiego dialogu kulturalnego. Powinien on pozostawać otwarty również na dzieła, które nie opowiadają bezpośrednio o Polsce i Niemczech, ale mogą inspirować nowe rozmowy między oboma społeczeństwami.

Literatura może więc stać się katalizatorem porozumienia właśnie dlatego, że nie próbuje go narzucać. Nie przynosi gotowych uzgodnień, lecz tworzy przestrzeń dla ciekawości, twórczego niepokoju i zmiany perspektywy. Właśnie w tym tkwi jej zdolność do łączenia ludzi.

UCZESTNICY



Marius Goldhorn,
pisarz i autor powieści „Park” oraz
„Die Prozesse”



Shelly Kupferberg,
dziennikarka, moderatorka
i pisarka



Jul Łyskawa,
pisarz i autor powieści „Prawdziwa historia Jeffreya Watersa
i jego ojców”

JUGEND



Die junge Generation und die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen

VERANSTALTER:



Für junge Menschen in Polen und Deutschland ist die Zusammenarbeit beider Länder immer weniger ausschließlich eine Frage historischer Versöhnung oder bilateraler Diplomatie. Im Vordergrund stehen zunehmend Herausforderungen, die nicht an Staatsgrenzen haltmachen: der Wandel der Arbeitswelt, künstliche Intelligenz, steigende Lebenshaltungskosten, der Vertrauensverlust gegenüber öffentlichen Institutionen, Desinformation und die Zukunft der Demokratie. Der von der Europäischen Akademie Berlin im Rahmen des Programms „Dialog Most“ vorbereitete Workshop rückte deshalb die Perspektiven junger Menschen und ihre Erwartungen an die künftige deutsch-polnische Zusammenarbeit in den Mittelpunkt.

Die Diskussionen beim Workshop zeigten, wie ähnlich viele Alltagserfahrungen und Zukunftssorgen auf beiden Seiten der Oder inzwischen sind. Wirtschaftliche Unsicherheit, schwieriger Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und die Frage nach beruflicher Stabilität beeinflussen Lebensplanung und gesellschaftliche Teilhabe. Zugleich wächst der Eindruck, dass Schulen, Hochschulen und öffentliche Institutionen mit dem Tempo des technologischen Wandels nicht immer Schritt halten. Bildung muss junge Menschen daher nicht nur auf konkrete Berufe vorbereiten, sondern ihnen auch die Fähigkeit vermitteln, sich in einer dynamischen und zunehmend digitalen Arbeitswelt eigenständig zu orientieren.

Besondere Aufmerksamkeit galt der künstlichen Intelligenz. Sie wurde nicht als abstraktes Zukunftsthema betrachtet, sondern als eine Technologie, die Bildung, Beschäftigung und gesellschaftliche Kommunikation bereits heute verändert. Neben neuen beruflichen Möglichkeiten entstehen Unsicherheiten durch Automatisierung und den Wandel bestehender Tätigkeitsfelder. Umso wichtiger sind technologische Kompetenzen, kritisches Denken und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie der Zugang zu diesen Fähigkeiten sozial gerecht gestaltet werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften. Demokratie wurde dabei nicht allein als institutionelle Ordnung verstanden, sondern als alltägliche Praxis, die von Beteiligung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Menschen- und Minderheitenrechten sowie verantwortungsvollen Medien lebt. Junge Menschen erwarten Gelegenheiten, politische



Trotz vieler ernster Themen wurde beim Forum auch herzlich gelacht – hier beim Jugendworkshop.

und gesellschaftliche Entscheidungen nicht nur zu kommentieren, sondern aktiv mitzugestalten. Dafür benötigen sie glaubwürdige Beteiligungsformate und die Erfahrung, dass ihr Engagement konkrete Wirkung entfalten kann.

Eng damit verbunden war die Auseinandersetzung mit Desinformation, sozialen Medien und algorithmisch erzeugten Informationsräumen. Digitale Plattformen erleichtern den grenzüberschreitenden Austausch, können aber zugleich Polarisierung verstärken und abgeschlossene Kommunikationsräume entstehen lassen. Medienbildung und die Fähigkeit, Quellen kritisch zu prüfen, gehören deshalb zu den entscheidenden Voraussetzungen demokratischer Teilhabe. Ebenso wichtig bleibt die Bereitschaft, mit Menschen anderer Überzeugungen im Gespräch zu bleiben.

Der Workshop machte deutlich, dass die junge Generation die deutsch-polnische Zusammenarbeit nicht infrage stellt, ihr aber einen neuen Sinn und eine neue Sprache geben möchte. Sie soll konkreter, gesellschaftlich sensibler und stärker auf gemeinsame europäische Aufgaben ausgerichtet sein. Die Zukunft der Beziehungen wird daher nicht nur davon abhängen, wie beide Länder mit ihrer Vergangenheit umgehen, sondern ebenso davon, ob junge Menschen Verantwortung übernehmen können und bei der Gestaltung dieser Zukunft tatsächlich gehört werden.

TEILNEHMENDE



Nina Andrzejewska,
Inhouse-Juristin mit Schwerpunkt
Datenschutz und Legal Tech
sowie Absolventin des Studiengangs
Europarecht



Marcin Bubicz,
Rechtsanwalt, Stadtrat in Lublin und
Beauftragter für internationale
Zusammenarbeit des Woiwoden von Lublin



Laura Christoph,
Politikwissenschaftlerin und
Projektmanagerin mit Schwerpunkt
EU-Erweiterung, Östliche
Partnerschaft und Ukraine



Anne Flotho-Liersch,
Expertin für politische Jugendbildung,
interkulturellen Dialog und europäische
Vernetzung



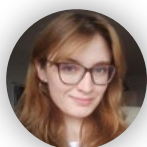
Kevin Hanschke,
Kulturmanager und Publizist mit
Schwerpunkt Ostdeutschland und
Mittelosteuropa



Michał Kotakowski,
Beamter mit Schwerpunkt europäische,
industrielle und maritime Politik



Zuzanna Lebelt,
Studentin der Europastudien
und Absolventin des Studiengangs
Animation



Aleksandra Leks,
Projektkoordinatorin im
deutsch-polnischen akademischen
und kulturellen Austausch



Krzysztof Markowski,
Masterstudent der Internationa-
len Sicherheit und Diplomatie mit
Schwerpunkt EU-Binnensicherheit
und grenzüberschreitende
Zusammenarbeit



Phillip Rothe,
Experte für europäische Mobilität an
Schulen, demokratische Resilienz und
Desinformation



Christina Schneider,
Politikwissenschaftlerin mit
Schwerpunkt internationale
Beziehungen und europäische
Jugendzusammenarbeit



Kris Schneider,
Bildungsreferent im Europäischen
Solidaritätskorps und Absolvent der
Politik- und Europawissenschaften



Lara Scholz,
Politik- und Nachhaltigkeitswissen-
schaftlerin mit Schwerpunkt
Mittel- und Osteuropa sowie
Sicherheitspolitik



Farzanah Shafi,
wissenschaftliche Assistentin mit
Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik,
demokratische Resilienz und feministische
Außenpolitik



Szmo Kacprzak,
Student der Politikwissenschaft und
Internationalen Studien sowie Akti-
vist für Klima- und soziale
Gerechtigkeit



Hannah Voß,
Projektmanagerin für historisch-politische
Bildung und deutsch-polnische
Versöhnung



Anna Walczak,
Juristin und Redakteurin mit
Schwerpunkt Europarecht,
Rechtsstaatlichkeit und Demokratie



Marcin Wierzbowski,
Prognoseexperte mit Erfahrung in der
Forschung und in deutsch-polnischen
Projekten



Mutige und kreative Ideen für die Stärkung des deutsch-polnischen Austauschs kamen auf den Tisch.



Demokratische Resilienz – wie kann sie gelingen?

MŁODZIEŻ



Młode pokolenie
wobec przyszłości relacji polsko-niemieckich

ORGANIZATORZY:



Dla młodych ludzi w Polsce i w Niemczech współpraca między oboma krajami coraz rzadziej sprowadza się wyłącznie do kwestii historycznego pojednania czy kontaktów dyplomatycznych. Na pierwszy plan wysuwają się wyzwania, które nie zatrzymują się na granicach państw: zmiany na rynku pracy, sztuczna inteligencja, rosnące koszty życia, spadek zaufania do instytucji publicznych, dezinformacja i przyszłość demokracji. Dlatego warsztat przygotowany przez Europejską Akademię Berlin w ramach programu „Dialog Most” koncentrował się na perspektywie młodych ludzi i ich oczekiwaniach wobec dalszej współpracy polsko-niemieckiej.

Dyskusje podczas warsztatu pokazały, jak wiele codziennych doświadczeń i obaw o przyszłość łączy dziś młodych ludzi po obu stronach Odry. Niepewność ekonomiczna, ograniczony dostęp do mieszkań w przystępnych cenach oraz pytania o stabilność zatrudnienia wpływają na ich plany życiowe i udział w życiu społecznym. Jednocześnie coraz częściej pojawia się przekonanie, że szkoły, uczelnie i instytucje publiczne nie zawsze nadążają za tempem zmian technologicznych. Edukacja powinna zatem nie tylko przygotowywać młodych ludzi do wykonywania konkretnych zawodów, lecz także wyposażać ich w umiejętności pozwalające samodzielnie odnaleźć się na dynamicznym i coraz bardziej scyfryzowanym rynku pracy.

Szczególną uwagę poświęcono sztucznej inteligencji. Uczestnicy nie traktowali jej jako abstrakcyjnego zagadnienia dotyczącego odległej przyszłości, lecz jako technologię, która już dziś zmienia edukację, zatrudnienie i komunikację społeczną. Obok nowych możliwości zawodowych automatyzacja i przeobrażenia istniejących sektorów gospodarki rodzą również poczucie niepewności. Jeszcze większego znaczenia nabierają kompetencje technologiczne, krytyczne myślenie oraz gotowość do uczenia się przez całe życie. Jednocześnie pojawia się pytanie, jak zapewnić sprawiedliwy społecznie dostęp do wiedzy i umiejętności potrzebnych w zmieniającej się rzeczywistości.

Odporność społeczeństw demokratycznych była kolejnym ważnym tematem. Demokrację postrzegano nie tylko jako system instytucjonalny, lecz także jako codzienną praktykę opartą na uczestnictwie, praworządności, wolności słowa, poszanowaniu praw człowieka i praw mniejszości oraz odpowiedzialności mediów. Młodzi ludzie oczekują możliwości nie tylko komentowania decyzji

politycznych i społecznych, lecz także rzeczywistego udziału w ich podejmowaniu. Potrzebują do tego wiarygodnych form uczestnictwa oraz przekonania, że ich zaangażowanie może przynieść konkretne rezultaty.

Uczestnicy poruszyli także temat dezinformacji, mediów społecznościowych i przestrzeni informacyjnych kształtowanych przez algorytmy. Platformy cyfrowe ułatwiają kontakty ponad granicami, ale mogą również pogłębiać polaryzację i zamykać użytkowników w odizolowanych obiegach informacji. Edukacja medialna i umiejętność krytycznej oceny źródeł należą zatem do najważniejszych warunków świadomego uczestnictwa w demokracji. Równie istotna pozostaje gotowość do rozmowy z osobami reprezentującymi odmienne poglądy.

Warsztat potwierdził, że młode pokolenie nie kwestionuje potrzeby współpracy polsko-niemieckiej, lecz chce nadać jej nowy sens i znaleźć dla niej nowy język. Współpraca ta powinna być konkretna, wrażliwa społecznie i silniej ukierunkowana na wspólne sprawy europejskie. Przyszłość relacji między oboma krajami zależy więc od sposobu, w jaki Polska i Niemcy mierzą się ze swoją przeszłością. Istotne jest również to, czy młodzi ludzie będą mogli przejmować odpowiedzialność oraz czy ich głos zostanie rzeczywiście uwzględniony w kształtowaniu wspólnej przyszłości.



Burza mózgów: „Jak wzmocnić wymianę polsko-niemiecką?”

UCZESTNICY



Nina Andrzejewska,
prawniczka wewnętrzna
specjalizująca się w ochronie danych
i Legal Tech oraz absolwentka prawa
europejskiego



Marcin Bubicz,
adwokat, radny miasta Lublin
i pełnomocnik wojewody lubelskiego
ds. współpracy międzynarodowej



Laura Christoph,
politolożka i menedżerka projektów
specjalizująca się w rozszerzeniu
Unii Europejskiej, Partnerstwie
Wschodnim i Ukrainie



Anne Flotho-Liersch,
ekspertka ds. edukacji politycznej
młodzieży, dialogu międzykulturowego i
współpracy europejskiej



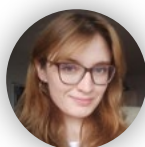
Kevin Hanschke,
menedżer kultury i publicysta
zajmujący się Niemcami Wschodnimi
oraz Europą Środkowo-Wschodnią



Michał Kołakowski,
urzędnik specjalizujący się w polityce
europejskiej, przemysłowej i morskiej



Zuzanna Lebelt,
studentka europeistyki
i absolwentka animacji



Aleksandra Leks,
koordynatorka projektów w obszarze
polsko-niemieckiej wymiany akademickiej
i kulturalnej



Krzysztof Markowski,
student studiów magisterskich na
kierunku bezpieczeństwo międzyna-
rodowe i dyplomacja, specjalizujący
się w bezpieczeństwie wewnętrznym
UE i współpracy transgranicznej



Phillip Rothe,
ekspert ds. europejskiej mobilności
szkolnej, odporności demokracji
i dezinformacji



Christina Schneider,
politolożka specjalizująca się w
stosunkach międzynarodowych
i europejskiej współpracy
młodzieżowej



Kris Schneider,
edukator w ramach Europejskiego Korpusu
Solidarności oraz absolwent politologii
i europeistyki



Lara Scholz,
absolwentka nauk politycznych
i nauk o zrównoważonym rozwoju,
zajmująca się Europą Środkowo-
Wschodnią i polityką
bezpieczeństwa



Farzanah Shafi,
asystentka naukowa specjalizująca się
w polityce zagranicznej i bezpieczeństwa,
odporności demokracji oraz feministycznej
polityce zagranicznej



Szmó Kacprzak,
student nauk politycznych i
stosunków międzynarodowych oraz
aktywista na rzecz sprawiedliwości
klimatycznej i społecznej



Hannah Voß,
menedżerka projektów w obszarze edukacji
historycznej i obywatelskiej oraz
pojednania polsko-niemieckiego



Anna Walczak,
prawniczka i redaktorka
specjalizująca się w prawie
europejskim, praworządności
i demokracji



Marcin Wierzbowski,
ekspert ds. prognozowania
z doświadczeniem w pracy badawczej
i projektach polsko-niemieckich



Foyer: Wiele tematów, wiele stołów.
Młode pokolenie i jego spojrzenie na aktualne wyzwania dla dialogu polsko-niemieckiego.



Z nadzieją w przyszłość:
młodzi chcą mieć głos i aktywnie ją współkształtować.

Globale Politik

Polen und Deutschland angesichts globaler Veränderungen

VERANSTALTER:



Globale Machtverschiebungen, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und wachsende Zweifel an der Verlässlichkeit der transatlantischen Ordnung verändern die außenpolitischen Voraussetzungen für Polen, Deutschland und Europa. Vor diesem Hintergrund widmete sich der Workshop der Frage, welche Rolle beide Länder in einer zunehmend von geopolitischem Wettbewerb geprägten Welt übernehmen können. Im Zentrum stand dabei nicht nur die Übereinstimmung ihrer Interessen in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, sondern auch die Fähigkeit, diese Interessen in gemeinsames europäisches Handeln zu übersetzen.

Deutschland bleibt eine der größten Volkswirtschaften der Welt, während Polen zu den Wachstumsvorreitern Europas gehört und zunehmend eine stärkere Beteiligung an zentralen internationalen Entscheidungs- und Kooperationsformaten beansprucht. Daraus erwächst für beide Länder eine besondere Verantwortung. Ihre Zusammenarbeit betrifft längst nicht mehr allein bilaterale Fragen: Sie hat unmittelbare Bedeutung für die Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und politische Handlungsfähigkeit Europas.



Cathryn Clüver Ashbrook, Gerlinde Niehus, Agnieszka Bryc.



Diskussion über globale politische Herausforderungen: Rosalia Romaniec, Cathryn Clüver Ashbrook, Gerlinde Niehus, Agnieszka Bryc, Bartosz Wielński.

Die Diskussion mit Agnieszka Bryc, Cathryn Clüver Ashbrook, Gerlinde Niehus, moderiert von Rosalia Romaniec und Bartosz Wielński machte deutlich, dass sich Europa nicht länger darauf verlassen kann, auf globale Krisen erst dann zu reagieren, wenn deren Folgen bereits eingetreten sind. Angesichts möglicher Veränderungen in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik muss die Europäische Union mehr Verantwortung für ihre eigene Verteidigung übernehmen. Dafür braucht sie nicht nur höhere Investitionen und militärische Fähigkeiten, sondern auch den politischen Willen, vorhandene Potenziale gemeinsam zu nutzen und Entscheidungen schneller zu treffen.

Besondere Aufmerksamkeit galt dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Teilnehmenden warnten vor Wunschdenken und vor der Erwartung, Russland werde sich infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten zwangsläufig dem Westen annähern oder seine aggressive Politik aufgeben. Unterstützung für die Ukraine, glaubwürdige Abschreckung und die konsequente Durchsetzung von Sanktionen wurden als langfristige Aufgaben beschrieben. Zugleich darf die Suche nach diplomatischen Lösungen nicht dazu führen, dass Verhandlungen lediglich zur Verzögerung notwendiger Entscheidungen oder zur Festigung militärischer Erfolge genutzt werden.

Die Debatte berührte auch die Frage, wie europäische Entscheidungsformate zusammengesetzt sein müssen, damit sie politisch wirksam und von allen Beteiligten als legitim wahrgenommen werden. Wenn über die Zukunft der Ukraine und über die Sicherheitsordnung Mittel- und Osteuropas beraten wird, müssen die Perspektiven der unmittelbar betroffenen Staaten angemessen berücksichtigt werden. Gerade Polen bringt aufgrund seiner geografischen Lage, seiner sicherheitspolitischen Erfahrungen und seines Engagements für die Ukraine unverzichtbare Kenntnisse in die europäische Debatte ein. Eine engere deutsch-polnische Abstimmung kann daher wesentlich dazu beitragen, unterschiedliche Wahrnehmungen innerhalb Europas miteinander zu verbinden.

Neben Russland richtete sich der Blick auf China als strategischen und wirtschaftlichen Akteur. Die Diskussion verwies auf die Risiken einseitiger Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Lieferketten und kritischen Technologien. Die Erfahrungen mit der früheren Energieabhängigkeit von Russland sollten Europa daran erinnern, wirtschaftliche Vorteile nicht von ihren langfristigen sicherheitspolitischen Folgen zu trennen. Günstige Technologien können hohe politische Kosten verursachen, wenn sie neue Abhängigkeiten schaffen oder Risiken für kritische Infrastruktur und Cybersicherheit mit sich bringen.

Der Workshop zeigte, wie eng Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik heute miteinander verknüpft sind. Polen und Deutschland teilen ein grundlegendes Interesse an einer handlungsfähigen Europäischen Union, einer dauerhaften Unterstützung der Ukraine und einer widerstandsfähigeren europäischen Wirtschaft. Ihre Sichtweisen und politischen Prioritäten sind nicht in allen Fragen identisch. Gerade deshalb sind eine frühzeitige Abstimmung, gegenseitiges Vertrauen und die gleichberechtigte Beteiligung an strategischen Entscheidungen entscheidend. Nur wenn beide Länder ihre unterschiedlichen Erfahrungen als gemeinsame Stärke nutzen, können sie dazu beitragen, Europas Rolle in der Welt neu zu bestimmen.

TEILNEHMENDE:



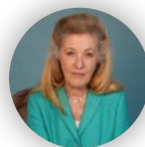
Dr. Agnieszka Bryc
Politikwissenschaftlerin,
Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń



Bartosz T. Wieliński,
Stellvertretender Chefredakteur,
„Gazeta Wyborcza“



Cathryn Clüver Ashbrook,
Senior Advisor, Bertelsmann
Stiftung



Dr. Gerlinde Niehus,
unabhängige Expertin für
NATO und internationale
Sicherheitspolitik, Brussels
Freedom Hub



Rosalia Romaniec,
Leiterin des Teams „Current
Politics“ im Hauptstadtstudio,
Deutsche Welle



Cathryn Clöver Ashbrook, Gerlinde Niehus.

POLITYKA GLOBALNA



Polska i Niemcy wobec globalnych zmian

ORGANIZATORZY:



Przesunięcia w globalnym układzie sił, rosyjska inwazja na Ukrainę oraz rosnące wątpliwości co do trwałości dotychczasowego ładu transatlantyckiego zmieniają warunki, w jakich Polska, Niemcy i cała Europa prowadzą politykę zagraniczną. Uczestnicy warsztatu zastanawiali się, jaką rolę oba kraje mogą odgrywać w świecie coraz silniej naznaczonym rywalizacją geopolityczną. Dyskusja dotyczyła nie tylko zbieżności polskich i niemieckich interesów w dziedzinie bezpieczeństwa i gospodarki, lecz także możliwości przełożenia ich na wspólne działania na forum europejskim.

Niemcy pozostają jedną z największych gospodarek świata, Polska zaś należy do najszybciej rozwijających się państw Europy i coraz wyraźniej zabiega o silniejszą pozycję w najważniejszych międzynarodowych gremiach decyzyjnych. Nakłada to na oba kraje szczególną odpowiedzialność. Ich współpraca już dawno wykroczyła poza ramy stosunków dwustronnych – ma bezpośrednie znaczenie dla bezpieczeństwa i konkurencyjności Europy oraz jej zdolności do skutecznego działania.

Dyskusja z udziałem Agnieszki Bryc, Cathryn Clüver Ashbrook i Gerlinde Niehus, prowadzona przez Rosalię Romaniec i Bartosza Wielińskiego, pokazała, że Europa nie może zwlekać z reakcją na globalne kryzysy do chwili, gdy ich skutki staną się w pełni odczuwalne. Wobec możliwych zmian w amerykańskiej polityce zagranicznej i polityce bezpieczeństwa, Unia Europejska musi wziąć na siebie większą odpowiedzialność za własną obronę. Wymaga to nie tylko większych nakładów i odpowiednich zdolności wojskowych, lecz także politycznej gotowości do wspólnego wykorzystywania posiadanego potencjału oraz sprawniejszego podejmowania decyzji.

Szczególną uwagę poświęcono rosyjskiej inwazji na Ukrainę. Uczestnicy przestrzegali przed myśleniem życzeniowym i przekonaniem, że trudności gospodarcze automatycznie skłonią Rosję do zbliżenia z Zachodem lub rezygnacji z agresywnej polityki. Wsparcie dla Ukrainy, wiarygodne odstraszenie oraz konsekwentne stosowanie sankcji pozostają kluczowymi zadaniami. Jednocześnie poszukiwanie rozwiązań dyplomatycznych nie może prowadzić do sytuacji, w której rozmowy służą jedynie odwlekaniu koniecznych decyzji lub utrwalaniu rosyjskich zdobyczy militarnych.

Ważnym wątkiem debaty był również skład europejskich ciał podejmujących strategiczne decyzje. Jeżeli mają one działać skutecznie, a podejmowane przez nie rozstrzygnięcia mają być uznawane za prawomocne, konieczne jest, aby odpowiednio uwzględnić perspektywy państw bezpośrednio

zainteresowanych. Dotyczy to zwłaszcza rozmów o przyszłości Ukrainy i kształcie systemu bezpieczeństwa w Europie Środkowo-Wschodniej. Polska wnosi do europejskiej debaty wyjątkowe doświadczenia wynikające z jej położenia geograficznego, oceny zagrożeń oraz zaangażowania na rzecz Ukrainy. Ścisłe uzgodnienia między Warszawą a Berlinem mogą pomóc zbliżyć różne sposoby postrzegania sytuacji w Europie.

Wiele uwagi poświęcono także Chinom jako ważnemu graczowi strategicznemu i gospodarczemu. Uczestnicy wskazywali na zagrożenia wynikające z nadmiernego uzależnienia od dostaw surowców, określonych łańcuchów dostaw oraz technologii krytycznych. Doświadczenia związane z wcześniejszym uzależnieniem energetycznym od Rosji powinny być dla Europy przestrożą, by nie rozpatrywać korzyści gospodarczych w oderwaniu od ich długofalowych konsekwencji dla bezpieczeństwa. Pozornie tańsze technologie mogą oznaczać wysokie koszty polityczne, jeśli tworzą nowe zależności lub stanowią zagrożenie dla infrastruktury krytycznej i cyberbezpieczeństwa.

Warsztat pokazał, jak ściśle polityka zagraniczna, bezpieczeństwo i gospodarka są dziś ze sobą powiązane. Polskę i Niemcy łączy podstawowy interes: sprawnie działająca Unia Europejska, trwałe wsparcie dla Ukrainy i europejska gospodarka odporniejsza na kryzysy. Perspektywy i priorytety polityczne obu państw nie zawsze są zbieżne. Właśnie dlatego tak istotne są odpowiednio wczesne uzgodnienia, wzajemne zaufanie oraz równorzędny udział w podejmowaniu kluczowych decyzji. Tylko wykorzystując odmienne doświadczenia jako wspólny atut, Polska i Niemcy mogą pomóc na nowo określić rolę Europy w świecie.

UCZESTNICY:



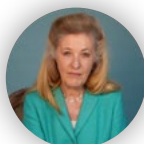
dr Agnieszka Bryc
politolożka z Uniwersytetu
Mikołaja Kopernika w Toruniu



Bartosz T. Wieliński,
zastępca redaktora
naczelnego „Gazety Wyborczej”



Cathryn Clüver Ashbrook,
starsza doradczyni w Fundacji
Bertelsmanna



dr Gerlinde Niehus,
niezależna ekspertka ds. NATO
i międzynarodowej polityki
bezpieczeństwa oraz
współzałożycielka Brussels
Freedom Hub



Rosalia Romaniec,
kierowniczka zespołu „Current Politics”
w berlińskim studiu Deutsche Welle

ERINNERUNGSKULTUR

Deutsche und Polen
in historischen Ausstellungen: Ausgewogene Bilder?

VERANSTALTER:

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

MWN
Muzeum II Wojny Światowej

Museen bewahren nicht nur Objekte, sondern prägen auch gesellschaftliche Vorstellungen von Vergangenheit. Durch die Auswahl von Exponaten, Perspektiven und historischen Zusammenhängen entscheiden sie mit darüber, wie Menschen die eigene Geschichte und die ihrer Nachbarn wahrnehmen. Der Workshop widmete sich daher der Frage, wie Museen die komplexe deutsch-polnische Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte darstellen können, ohne Unterschiede einzebnen, schmerzhaft Erfahrungen auszublenden oder bestehende nationale Deutungsmuster unkritisch fortzuschreiben.



Peter Oliver Loew, Rafał Wnuk, Robert Kostro

Vertreterinnen und Vertreter zentraler und regionaler Geschichtsmuseen aus beiden Ländern stellten zunächst vor, welchen Platz Polen und Deutsche in ihren Dauerausstellungen einnehmen. Dabei wurde deutlich, dass der jeweilige Nachbar in vielen Häusern durchaus präsent ist, eine zusammenhängende Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte jedoch weiterhin fehlt. Die Diskussion machte zugleich sichtbar, wie stark museale Erzählungen von ihrem institutionellen Auftrag, dem regionalen Umfeld, den vorhandenen Sammlungen und den Erwartungen unterschiedlicher Zielgruppen geprägt sind.



Paweł Machcewicz,
Gründungsdirektor des Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig.

Eine ausgewogene Ausstellung bedeutet dabei nicht, für jedes Ereignis zwei spiegelbildliche nationale Erzählungen gegenüberzustellen. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche Erfahrungen und Wahrnehmungen nachvollziehbar zu machen. Historische Objekte können dabei eine besondere Rolle spielen: Sie dokumentieren individuelle Schicksale, gesellschaftliche Umbrüche und Erfahrungen von Gewalt, Verlust oder Migration. Zeitzeugenberichte und biografische Zugänge ermöglichen es zusätzlich, große politische Entwicklungen aus der Perspektive konkreter Menschen zu erzählen.

Besonders anschaulich wurde dies am Beispiel regionaler Museen. Die Geschichte Schlesiens etwa lässt sich weder ausschließlich als deutsche noch als polnische Geschichte darstellen. Sie ist von wechselnden Grenzen, Mehrsprachigkeit, kulturellen Verflechtungen, Flucht und Vertreibung sowie neuen gesellschaftlichen Anfängen geprägt. Auch die Industrialisierung des Ruhrgebiets ist ohne die Arbeitsmigration aus den ehemals deutschen Ostgebieten und aus Polen nicht vollständig zu verstehen. Umgekehrt kann die Geschichte des Großpolnischen Aufstands nur dann umfassend vermittelt werden, wenn neben der polnischen Unabhängigkeitsbewegung auch der historische deutsche Kontext sichtbar wird.

Kontrovers diskutiert wurde, wie Museen mit politischen Erwartungen und sich wandelnden gesellschaftlichen Deutungen umgehen sollen. Ausstellungen entstehen nicht außerhalb ihrer Gegenwart. Ihre Themen, Begriffe und Schwerpunktsetzungen können durch aktuelle erinnerungspolitische Konflikte beeinflusst werden. Umso wichtiger sind wissenschaftliche Unabhängigkeit, transparente kuratorische Entscheidungen und die Bereitschaft, auch unbequeme oder widersprüchliche Perspektiven zuzulassen. Ein historisches Museum sollte nicht eine abschließende Deutung vorgeben, sondern seine Besucherinnen und Besucher dazu anregen, Gewissheiten zu hinterfragen und unterschiedliche Erfahrungen miteinander in Beziehung zu setzen.

Ein weiterer Schwerpunkt galt dem geplanten Deutsch-Polnischen Haus in Berlin und der Frage, welche Form eine Ausstellung zur gemeinsamen Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte annehmen könnte. Neben einer umfassenden Dauerausstellung wurden auch kleinere, schrittweise realisierbare Formate und Wanderausstellungen als mögliche Wege erörtert. Entscheidend wird sein, eine Erzählung zu entwickeln, die das Leid, das Polen durch Krieg und deutsche Besatzung zugefügt wurde, unmissverständlich darstellt und zugleich die vielschichtigen Beziehungen beider Gesellschaften vor und nach 1945 sichtbar macht.

Der Workshop zeigte, dass ein ausgewogenes Geschichtsbild nicht durch die Vermeidung von Kontroversen entsteht. Es setzt vielmehr voraus, unterschiedliche Stimmen offenzulegen, Ausschlüsse zu erkennen und historische Verflechtungen konsequent mitzudenken. Museen können auf diese Weise zu Orten werden, an denen Erinnerung nicht trennt, sondern eine reflektierte Verständigung über unterschiedliche Erfahrungen ermöglicht.

TEILNEHMENDE



Dr. Łukasz Galusek,
Direktor, Schlesiſches
Museum in Katowice



Dr. Agnieszka Gąsior,
Direktorin, Schlesiſches
Museum zu Görlitz



Prof. Dr. Raphael Gross,
Präsident, Stiftung Deutsches
Historisches Museum



Robert Kostro,
Direktor, Hauptarchiv
Alter Akten in Warschau



Prof. Dr. Peter Oliver Loew,
Direktor,
Deutsches Polen-Institut



Prof. Dr. Paweł Machcewicz,
Professor, Institut für Politische
Studien der Polnischen Akademie
der Wissenschaften



Dr. habil. Marcin Napiórkowski,
Direktor, Museum
der Geschichte Polens



Robert Parzer,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Stabsstelle Deutsch-Polnisches
Haus, Stiftung Denkmal für die
ermordeten Juden Europas



Prof. Dr. Magdalena Saryusz-Wolska,
Direktorin, Deutsches Historisches
Institut Warschau



Dr. Thorsten Smidt,
Ausstellungsdirektor, Stiftung Haus
der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland



Przemysław Terlecki,
Direktor, Großpolnisches
Museum der Unabhängigkeit



Prof. Dr. Rafał Wnuk,
Direktor, Museum des Zweiten
Weltkriegs in Gdańsk



Dr. Ingo Wuttke,
Kurator für Industrie- und Zeit-
geschichte, Ruhr Museum

KULTURA PAMIĘCI



Niemcy i Polacy
na wystawach historycznych: wyważone obrazy?

ORGANIZATORZY:

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT



Muzea nie tylko gromadzą i chronią zbiory, lecz także kształtują społeczne wyobrażenia o przeszłości. Dobierając eksponaty, perspektywy i konteksty historyczne, wpływają na to, jak ludzie postrzegają własną historię oraz historię swoich sąsiadów. Podczas warsztatów zastanawiano się, jak muzea mogą przedstawiać złożoną historię relacji polsko-niemieckich, nie zacierając różnic, nie pomijając bolesnych doświadczeń ani nie powielając bezkrytycznie utrwalonych narodowych schematów interpretacyjnych.

Przedstawiciele ogólnokrajowych i regionalnych muzeów historycznych z obu krajów zaprezentowali, jakie miejsce zajmują Polacy i Niemcy na ich wystawach stałych. Okazało się, że w wielu placówkach tematyka sąsiedniego kraju jest obecna, jednak wciąż brakuje spójnej prezentacji historii relacji polsko-niemieckich. Dyskusja pokazała zarazem, jak silnie na narracje muzealne wpływają misja danej instytucji, jej regionalne otoczenie, zgromadzone zbiory i oczekiwania różnych grup odbiorców.

Stworzenie wyważonej wystawy nie musi oznaczać, że przy każdym wydarzeniu zestawia się ze sobą dwie symetryczne narracje narodowe. Chodzi raczej o przedstawienie odmiennych doświadczeń i sposobów postrzegania przeszłości w sposób, który pozwala je zrozumieć. Szczególną rolę mogą odgrywać eksponaty dokumentujące indywidualne losy, przemiany społeczne oraz doświadczenia przemocy, utraty czy migracji. Relacje świadków historii i ujęcia biograficzne pozwalają ponadto opowiadać o wielkich procesach politycznych z perspektywy indywidualnej.

Szczególnie wyraźnie pokazały to przykłady muzeów regionalnych. Historii Śląska nie da się przedstawić wyłącznie jako historii niemieckiej ani polskiej. Kształtowały ją zmieniające się granice, wielojęzyczność, przenikanie się kultur, ucieczki i wysiedlenia, a także formowanie się nowych wspólnot. Industrializacji Zagłębia Ruhry również nie sposób w pełni zrozumieć bez uwzględnienia migracji ludności z dawnych niemieckich ziem wschodnich i z Polski. Z kolei dzieje Powstania Wielkopolskiego można wyczerpująco przedstawić tylko wtedy, gdy obok polskich dążeń niepodległościowych ukazany zostanie również ówczesny kontekst niemiecki.

Kontrowersje wzbudziło pytanie, jak muzea powinny reagować na oczekiwania polityczne i zmieniające się społeczne interpretacje przeszłości. Wystawy nie powstają w oderwaniu od współczesności.



Robert Parzer, Magdalena Saryusz-Wolska,
Peter Oliver Loew, Przemysław Terlecki.

Na wybór tematów, stosowane pojęcia i rozłożenie akcentów mogą wpływać aktualne spory dotyczące polityki pamięci. Tym większego znaczenia nabierają niezależność naukowa, przejrzystość decyzji kuratorskich oraz gotowość do uwzględniania także niewygodnych lub sprzecznych perspektyw. Muzeum historyczne nie powinno narzucać ostatecznej interpretacji, lecz zachęcać zwiedzających do kwestionowania pozornych pewników oraz zestawiania ze sobą różnych doświadczeń.

Kolejnym ważnym tematem był projekt stworzenia Domu Polsko-Niemieckiego w Berlinie oraz pytanie o kształt wystawy poświęconej historii wzajemnych relacji i powiązań. Obok szeroko zakrojonej ekspozycji stałej rozważano również mniejsze przedsięwzięcia, możliwe do stopniowej realizacji, a także wystawy objazdowe. Kluczowe będzie stworzenie narracji, która jednoznacznie ukaże cierpienia zadane Polsce przez Niemcy w czasie wojny i okupacji, a zarazem uwidoczni wielowymiarowe relacje łączące oba społeczeństwa przed wojną i po jej zakończeniu.

Warsztaty pokazały, że wyważony obraz historii nie rodzi się z unikania kontrowersji. Wymaga raczej dopuszczenia do głosu różnych stron, dostrzegania przemilczeń oraz konsekwentnego uwzględniania historycznych powiązań. Muzea mogą w ten sposób stawać się miejscami, w których pamięć nie dzieli, lecz umożliwia pogłębiony dialog i wzajemne zrozumienie odmiennych doświadczeń.

UCZESTNICY



dr Łukasz Galusek,
dyrektor Muzeum Śląskiego
w Katowicach



dr Agnieszka Gąsior,
dyrektorka Muzeum Śląskiego
w Görlitz



prof. Raphael Gross,
dyrektor Niemieckiego Muzeum
Historycznego



Robert Kostro,
dyrektor Archiwum Głównego
Akt Dawnych w Warszawie



prof. Peter Oliver Loew,
dyrektor Niemieckiego
Instytutu Spraw Polskich



prof. Paweł Machcewicz,
Instytut Studiów
Politycznych Polskiej Akademii
Nauk



dr hab. Marcin Napiórkowski,
dyrektor Muzeum
Historii Polski



Robert Parzer,
pracownik naukowy zespołu
Domu Polsko-Niemieckiego
w Fundacji Pomnik Pomordowanych
Żydów Europy



prof. Magdalena Saryusz-Wolska,
dyrektorka Niemieckiego Instytutu
Historycznego w Warszawie



dr Thorsten Smidt,
dyrektor ds. wystaw Fundacji
Dom Historii Republiki Federalnej
Niemiec



Przemysław Terlecki,
dyrektor Wielkopolskiego
Muzeum Niepodległości



prof. Rafał Wnuk,
dyrektor Muzeum II Wojny
Światowej w Gdańsku



dr Ingo Wuttke,
kurator ds. historii przemysłu
i historii najnowszej w Muzeum Zagłębia Ruhry



Agnieszka Kowalska, Michał Matlak.

EUROPA

EU-Integration der Ukraine: polnische und deutsche Perspektiven

VERANSTALTER:

DGAP
Advancing foreign policy. Since 1955.

**FUNDACJA
BATOREGO**

Der Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union gehört zu den zentralen Zukunftsfragen Europas. Er würde nicht nur die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine grundlegend verändern, sondern auch weitreichende Folgen für die gesamte Union haben. Der Workshop brachte Vertreterinnen und Vertreter der polnischen und deutschen Außenpolitik sowie Fachleute für europäische und osteuropäische Fragen zusammen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wo sich die Perspektiven Warschaus und Berlins auf den Beitrittsprozess überschneiden, an welchen Punkten unterschiedliche Interessen hervortreten und wie beide Länder die europäische Integration der Ukraine gemeinsam unterstützen können.



Anja Wallau, Agnieszka Kowalska,
Michał Matlak, Stefan Meister, Linn Selle.



Großes Interesse an der Frage:
Wie unterstützen Polen und Deutschland die Ukraine auf ihrem Weg in die EU?

Über das strategische Ziel herrschte weitgehende Einigkeit: Eine demokratische, rechtsstaatliche und dauerhaft in Europa verankerte Ukraine liegt im Interesse Polens, Deutschlands und der gesamten Europäischen Union. Die Teilnehmenden verstanden die Mitgliedschaftsperspektive dabei nicht allein als Zeichen politischer Solidarität mit einem angegriffenen Land. Sie betrachteten sie vielmehr als verbindlichen Weg zur Modernisierung staatlicher Institutionen, zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur dauerhaften Herauslösung der Ukraine aus der russischen Einflussphäre.

Zugleich wurde im Verlauf des Workshops deutlich, wie anspruchsvoll dieser Weg sein wird. Die Ukraine muss trotz des fortdauernden Krieges rechtliche und institutionelle Reformen umsetzen, Korruption bekämpfen, ihre Verwaltung stärken und das europäische Recht schrittweise übernehmen. Die Diskussionsteilnehmenden gingen dabei auch auf die Verantwortung der ukrainischen Regierung ein: Der politische Rückhalt für den Beitritt könne nur aufrechterhalten werden, wenn Reformfortschritte sichtbar seien und demokratische Institutionen dauerhaft gestärkt würden.

Aus polnischer Perspektive wurde hervorgehoben, dass die Mitgliedschaft der Ukraine ein zentrales nationales und europäisches Interesse darstellt. Polen kann seine eigenen Erfahrungen aus Transformation und Beitrittsvorbereitung einbringen – etwa beim Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung, bei der Anpassung nationaler Verfahren an europäische Standards und bei der Quali-

fizierung des öffentlichen Dienstes. Im Workshop wurden konkrete Formen dieser Unterstützung angesprochen, darunter die Weitergabe administrativen Wissens und die Vorbereitung ukrainischer Fachkräfte auf die Anforderungen des Beitrittsprozesses.

Die Diskussion zeigte jedoch auch, dass Polen mit der Erweiterung konkrete wirtschaftliche Interessen und Erwartungen verbindet. Besondere Aufmerksamkeit galt der Landwirtschaft und dem Transportsektor. Die Integration des großen und leistungsfähigen ukrainischen Agrarsektors könne neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen, zugleich aber den Wettbewerbsdruck auf polnische Produzenten erhöhen. Auch die Interessen polnischer Verkehrs- und Logistikunternehmen müssten in den Verhandlungen berücksichtigt werden. Die Teilnehmenden machten damit deutlich, dass politische Unterstützung für die Ukraine und die sachliche Vertretung eigener Interessen kein Widerspruch sein müssen.

Die deutsche Perspektive richtete den Blick besonders auf die Verlässlichkeit des Verfahrens und die vollständige Erfüllung der Beitrittskriterien. Fortschritte bei Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Verwaltungsreformen wurden als entscheidend für die Glaubwürdigkeit des gesamten Prozesses bezeichnet. Zugleich wurde davor gewarnt, die Verhandlungen über Jahre hinweg in einen politischen Stillstand geraten zu lassen. Eine dauerhaft aufgeschobene Mitgliedschaft könnte die ukrainische Gesellschaft enttäuschen und das Vertrauen in das europäische Versprechen schwächen.

Kontrovers erörtert wurden deshalb Modelle einer schrittweisen oder assoziierten Integration. Solche Zwischenstufen könnten der Ukraine frühzeitig Zugang zu ausgewählten europäischen Programmen und Kooperationsformaten eröffnen. Gleichzeitig bestehe das Risiko, dass sie als Ersatz für eine vollwertige Mitgliedschaft oder als Zugehörigkeit 2. Klasse wahrgenommen werden. Die Teilnehmenden diskutierten daher, wie einzelne Integrationsschritte beschleunigt werden können, ohne das reguläre und leistungsorientierte Beitrittsverfahren infrage zu stellen.

Auch Übergangsfristen für besonders sensible Wirtschaftsbereiche und den Zugang zu Haushaltsprogrammen wurden als mögliches Instrument angesprochen. Erfahrungen aus früheren Erweiterungsrounds zeigen, dass solche Regelungen helfen können, tiefgreifende Veränderungen schrittweise umzusetzen. Im Workshop bestand zugleich Einigkeit darüber, dass Übergangsfristen nicht zu dauerhaften Ungleichheiten führen dürfen. Ebenso müsse vermieden werden, die Ukraine gegen andere Beitrittskandidaten, insbesondere die Staaten des Westbalkans, auszuspielen. Eine glaubwürdige Erweiterungspolitik brauche nachvollziehbare Kriterien und faire Bedingungen für alle Kandidatenländer.

Ein weiterer Schwerpunkt der Debatte lag auf der gesellschaftlichen Kommunikation. Die Erweiterung dürfe nicht ausschließlich als technischer Prozess zwischen Regierungen und europäischen Institutionen erscheinen. Die Teilnehmenden betonten, dass die Menschen in Polen, Deutschland und der Ukraine über Chancen, Kosten und notwendige Anpassungen offen informiert werden müssen. Dabei sollte nicht allein über finanzielle Belastungen gesprochen werden. Die Integration der Ukraine betrifft ebenso die Sicherheit Europas, die Erweiterung des gemeinsamen Marktes, wirtschaftliche Modernisierung und die Stärkung der europäischen Ordnung.

Der Workshop machte deutlich, dass sich Polen und Deutschland vor allem beim Tempo und bei der Methode des Beitrittsprozesses unterscheiden, nicht jedoch beim grundsätzlichen Ziel. Gerade diese unterschiedlichen Erfahrungen und Schwerpunktsetzungen können zu einer Stärke werden. Polen bringt seine eigene Transformationserfahrung, seine Nähe zur Ukraine und seine Kenntnis der Region ein. Deutschland verfügt über großes politisches und wirtschaftliches Gewicht sowie weitreichende Möglichkeiten, die europäische Reform- und Erweiterungsdebatte mitzugestalten. Eine engere Abstimmung zwischen Warschau und Berlin kann dazu beitragen, die Mitgliedschaftsperspektive der Ukraine von einem politischen Versprechen in einen glaubwürdigen, leistungsorientierten und unumkehrbaren Prozess zu überführen.

TEILNEHMENDE



Agnieszka Kowalska,
Direktorin der Abteilung für
Europapolitik, Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten der
Republik Polen



Dr. Michał Matlak,
Direktor,
Łukasiewicz-Forschungsnetzwerk –
Institut für Innovation und
Technologie



Dr. Stefan Meister,
Leiter des Zentrums für Ordnung
und Governance in Osteuropa,
Russland und Zentralasien,
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik



Dr. Linn Selle,
Alfred-von-Oppenheim-Leiterin
des Europa-Zentrums, Deutsche
Gesellschaft für Auswärtige
Politik



Anja Wallau,
Beauftragte für Grundsatzfragen
der Europapolitik, EU-Koordinierung
und EU-Außenbeziehungen,
Auswärtiges Amt

EUROPA



Rozszerzenie UE o Ukrainę: perspektywa Polski i Niemiec

ORGANIZATORZY:



Przystąpienie Ukrainy do Unii Europejskiej należy do najważniejszych kwestii dotyczących przyszłości kontynentu. Miałoby ono zasadniczy wpływ nie tylko na rozwój polityczny i gospodarczy Ukrainy, lecz pociągnęłoby również za sobą daleko idące konsekwencje dla całej Unii. Warsztaty zgromadziły przedstawicieli polskiej i niemieckiej dyplomacji oraz ekspertów zajmujących się problematyką europejską i wschodnioeuropejską. Dyskusja koncentrowała się na porównaniu podejścia Warszawy i Berlina do procesu akcesyjnego, różnicach interesów obu krajów oraz możliwościach wspólnego wspierania europejskiej integracji Ukrainy.

Uczestnicy byli w dużej mierze zgodni co do celu strategicznego: demokratyczna, praworządna i trwale zakorzeniona w Europie Ukraina jest w interesie Polski, Niemiec i całej Unii Europejskiej. Perspektywy członkostwa nie postrzegano jedynie jako wyrazu solidarności z zaatakowanym państwem. Uznano ją przede wszystkim za wiążącą drogę prowadzącą do modernizacji instytucji państwowych, umocnienia praworządności i trwałego wyjścia Ukrainy z rosyjskiej strefy wpływów.

Ta droga – jak podkreślano podczas warsztatów – będzie wymagająca. Mimo trwającej wojny Ukraina musi przeprowadzać reformy prawne i instytucjonalne, zwalczać korupcję, wzmacniać administrację oraz stopniowo dostosowywać swoje prawo do dorobku prawnego Unii Europejskiej. Uczestnicy dyskusji wskazywali także na odpowiedzialność rządu ukraińskiego. Polityczne poparcie dla członkostwa będzie można utrzymać tylko wtedy, gdy postępy reform staną się widoczne, a instytucje demokratyczne zostaną trwale wzmocnione.

Z polskiej perspektywy podkreślano, że członkostwo Ukrainy stanowi ważny interes narodowy i europejski. Polska może wykorzystać doświadczenia własnej transformacji i przygotowań akcesyjnych – między innymi w zakresie budowy sprawnej administracji, dostosowania krajowych procedur do standardów europejskich oraz podnoszenia kwalifikacji urzędników administracji publicznej. Podczas warsztatów omówiono konkretne formy takiej pomocy, w tym przekazywanie wiedzy administracyjnej i przygotowywanie ukraińskich kadr do wymagań procesu akcesyjnego.

Dyskusja pokazała również, że z rozszerzeniem Polska wiąże konkretne interesy i oczekiwania gospodarcze. Szczególną uwagę poświęcono rolnictwu i transportowi. Włączenie dużego i konkurencyjnego sektora rolnego Ukrainy może przynieść nowe możliwości gospodarcze, ale jednocześnie

zwiększyć presję na polskich producentów. W negocjacjach należy także uwzględnić interesy polskich przedsiębiorstw transportowych i logistycznych. Uczestnicy zwracali uwagę, że polityczne poparcie dla członkostwa Ukrainy nie stoi w sprzeczności z rzeczową obroną własnych interesów.

Strona niemiecka kładła szczególny nacisk na wiarygodność procedur akcesyjnych i spełnienie wszystkich kryteriów członkostwa. Postępy w zakresie praworządności, zwalczania korupcji i reformowania administracji uznano za warunek powodzenia całego procesu. Jednocześnie przestrzegano przed sytuacją, w której negocjacje na wiele lat utknęłyby w martwym punkcie. Odkładanie członkostwa na bliżej nieokreśloną przyszłość mogłoby rozczarować ukraińskie społeczeństwo i osłabić jego zaufanie do europejskiej perspektywy.

Kontrowersje wzbudziły modele integracji stopniowej lub stowarzyszeniowej. Rozwiązania pośrednie mogłyby stosunkowo szybko otworzyć Ukrainie dostęp do wybranych programów unijnych i form współpracy. Istnieje jednak ryzyko, że zostałyby odebrane jako substytut pełnego członkostwa lub forma przynależności drugiej kategorii. Uczestnicy zastanawiali się zatem, w jaki sposób przyspieszyć poszczególne etapy integracji, nie rezygnując z pełnego procesu akcesyjnego, w którym dalsze działania zależą od rzeczywistych postępów państwa kandydującego.

Wśród możliwych narzędzi wskazano również okresy przejściowe w szczególnie wrażliwych sektorach gospodarki oraz w odniesieniu do dostępu do niektórych programów finansowanych z budżetu Unii. Doświadczenia wcześniejszych rozszerzeń pokazują, że rozwiązania tego rodzaju mogą pomóc we wprowadzaniu głębokich zmian krok po kroku. Uczestnicy byli jednak zgodni, że okresy



Anja Wallau, Agnieszka Kowalska.

przejściowe nie mogą prowadzić do trwałych nierówności. Należy również unikać przeciwstawiania Ukrainy innym państwom kandydującym, zwłaszcza krajom Bałkanów Zachodnich. Wiarygodna polityka rozszerzenia wymaga jasnych kryteriów i uczciwych warunków dla wszystkich kandydatów.

Ważnym tematem stała się także komunikacja z opinią publiczną. Rozszerzenie nie może być przedstawiane wyłącznie jako proces techniczny prowadzony przez rządy i instytucje europejskie. Uczestnicy podkreślali potrzebę otwartego informowania obywateli Polski, Niemiec i Ukrainy o korzyściach, kosztach i koniecznych dostosowaniach. Debata nie powinna koncentrować się jedynie na obciążeniach finansowych. Integracja Ukrainy oznacza również większe bezpieczeństwo Europy, rozszerzenie wspólnego rynku, modernizację gospodarki i umocnienie europejskiego ładu.

Warsztaty pokazały, że różnice między Polską a Niemcami dotyczą przede wszystkim tempa i sposobu prowadzenia procesu akcesyjnego, a nie jego zasadniczego celu. Odmienne doświadczenia i priorytety mogą przy tym stać się atutem. Polska wnosi własne doświadczenia transformacyjne, bliskość Ukrainy oraz znajomość regionu. Niemcy dysponują znaczącym potencjałem politycznym i gospodarczym, a także szerokimi możliwościami wpływania na europejską debatę o reformach i przyszłych rozszerzeniach. Ścisła koordynacja działań Warszawy i Berlina może pomóc przekształcić perspektywę członkostwa Ukrainy z politycznej obietnicy w wiarygodny i nieodwracalny proces, którego kolejne etapy będą wynikały z rzeczywistych postępów.

UCZESTNICY



Agnieszka Kowalska,
dyrektorka Departamentu Polityki Europejskiej Ministerstwa Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej



dr Michał Matlak,
dyrektor Łukasiewicz ITECH
– Instytutu Innowacji i Technologii



dr Stefan Meister,
dyrektor Centrum Porządku i Zarządzania w Europie Wschodniej, Rosji i Azji Centralnej w Niemieckim Towarzystwie Polityki Zagranicznej



dr Linn Selle,
dyrektorka Centrum Europejskiego im. Alfreda von Oppenheima w Niemieckim Towarzystwie Polityki Zagranicznej



Anja Wallau,
pełnomocniczka ds. relacji z państwami członkowskimi Unii Europejskiej w Federalnym Ministerstwie Spraw Zagranicznych



Eksperci słuchają głosów publiczności.
Anja Wallau, Agnieszka Kowalska, Michał Matlak, Stefan Meister.

SPRACHE



Sprache als Brücke: Perspektiven des Polnisch- und Deutschunterrichts im Nachbarland

VERANSTALTER:



Die Sprache des Nachbarlandes eröffnet einen unmittelbaren Zugang zu seiner Kultur, Geschichte und Gesellschaft. Sie erleichtert persönliche Begegnungen, stärkt die berufliche und grenzüberschreitende Mobilität und schafft eine wichtige Grundlage für gegenseitiges Verständnis. Gute Nachbarschaft entsteht deshalb nicht allein durch politische Vereinbarungen und institutionelle Zusammenarbeit. Sie braucht Menschen, die miteinander sprechen können. Der Workshop widmete sich der Frage, welchen Stellenwert Deutsch und Polnisch heute im Bildungssystem des jeweiligen Nachbarlandes einnehmen und was geschehen muss, damit beide tatsächlich zu gleichberechtigten Partnersprachen werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand eine auffällige Asymmetrie. Während Deutsch in Polen weiterhin von weit über 1 Million Schülerinnen und Schülern als Fremdsprache gelernt wird, erreicht Polnisch als reguläre Fremdsprache in Deutschland nur wenige Tausend Lernende. Diese Unterschiede lassen sich nicht allein mit einer unterschiedlich großen Nachfrage oder einem vermeintlich geringen Interesse erklären. Sie sind auch das Ergebnis historisch gewachsener Bildungsstrukturen, einer ungleichen institutionellen Verankerung und fehlender kontinuierlicher Lernwege.

Die Teilnehmenden gingen deshalb der Frage nach, wie Polnisch in Deutschland stärker als reguläre Fremd- und Partnersprache im Bildungssystem etabliert werden kann. Bislang wird es häufig vor allem als Herkunftssprache der polnischsprachigen Bevölkerung oder als regional bedeutsame Sprache in den Grenzgebieten wahrgenommen. Seine Bedeutung reicht jedoch weit darüber hinaus. Als Sprache eines großen europäischen Nachbarlandes sollte Polnisch grundsätzlich allen interessierten Schülerinnen und Schülern offenstehen. Eine deutsch-polnische Partnerschaft auf Augenhöhe setzt voraus, dass auch die Sprache des Nachbarn institutionell sichtbar ist und ihr Erwerb nicht von einzelnen lokalen Initiativen oder dem persönlichen Engagement weniger Lehrkräfte abhängt.

Entscheidend ist dabei die Verlässlichkeit des Bildungsangebots. Einzelne Kurse oder zeitlich begrenzte Projekte können erste Kontakte zur Sprache ermöglichen, ersetzen aber keinen durchgängigen Lernweg. Kinder und Jugendliche benötigen Angebote, die von der Grundschule über die Sekundarstufe bis hin zu anerkannten Abschlüssen aufeinander aufbauen. Nur wenn Sprachkenntnisse kontinuierlich entwickelt und formal anerkannt werden können, wird Polnisch von einer punktuell angebotenen „Grenzsprache“ zu einer europäischen Nachbarsprache mit einer langfristigen Perspektive.

Auch die Situation des Deutschen in Polen wurde differenziert betrachtet. Trotz der weiterhin hohen Zahl von Deutschlernenden bestehen insbesondere beim Übergang in weiterführende Schulen Schwierigkeiten. Dies betrifft nicht zuletzt Deutsch als Minderheitensprache. Wenn bestehende Lernangebote auf späteren Bildungsstufen nicht fortgesetzt werden können, gehen bereits erworbene Kenntnisse und bestehendes Interesse verloren. Die Zahl der Lernenden allein sagt daher noch wenig über die Qualität, Kontinuität und langfristige Wirksamkeit des Unterrichts aus.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der pädagogischen Gestaltung. Sprache wird für junge Menschen dann attraktiv, wenn sie mit ihrer Lebenswelt verbunden ist und einen erkennbaren persönlichen Nutzen bietet. Zeitgemäße didaktische Formate, qualifizierte Lehrkräfte, digitale Lernmöglichkeiten und direkte Begegnungen mit Gleichaltrigen aus dem Nachbarland können die Motivation wesentlich stärken. Austauschprogramme und gemeinsame Projekte machen erfahrbar, dass Sprachkenntnisse nicht nur für Prüfungen erworben werden, sondern konkrete Beziehungen ermöglichen und neue Bildungs- und Berufsperspektiven eröffnen.

Der Workshop machte deutlich, dass Deutsch und Polnisch nicht allein deshalb zu Brückensprachen werden, weil beide Länder Nachbarn sind. Eine solche Brücke entsteht erst dort, wo Menschen die Sprache des jeweils anderen tatsächlich lernen können – dauerhaft, qualitativ und mit einer erkennbaren Bedeutung für ihr eigenes Leben. Dafür braucht es langfristige bildungspolitische Strategien, institutionelle Verantwortung und eine verlässliche Förderung auf beiden Seiten. Die Sprache des Nachbarn zu lernen bedeutet schließlich mehr, als sich verständigen zu können: Es ist Ausdruck von Interesse, Respekt und der Bereitschaft, die deutsch-polnische Nachbarschaft aktiv mitzugestalten.

TEILNEHMENDE



Rafał Bartek,
Vorsitzender, Verband
der deutschen sozial-kulturellen
Gesellschaften in Polen



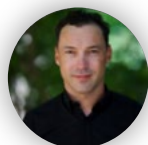
Anja Geissel,
Leiterin der Sprachabteilung,
Goethe-Institut Warschau



Dr. Agnieszka Korman,
Polnischlehrerin und Expertin
für interkulturelle Bildung in der
deutsch-polnischen Grenzregion



Arkadiusz Łuba,
Mitarbeiter der Abteilung
Strategie und internationale
Zusammenarbeit, Institut für die
Entwicklung der polnischen Sprache



Dr. Erik Malchow,
Sprecher und Leiter
der Außenstelle Berlin,
Kompetenz- und
Koordinationszentrum Polnisch



Dr. Magdalena Telus,
Wissenschaftliche Leiterin,
Kompetenz- und
Koordinationszentrum Polnisch



Agnieszka Korman engagiert sich für die Vermittlung polnischer Sprache in Deutschland.



Erik Malchow, Magdalena Telus, Arkadiusz Łuba, Rafał Bartek, Agnieszka Korman, Anja Geissel.



O nauczaniu języka polskiego i niemieckiego rozmawiano w obu językach.



Erik Malchow, Magdalena Telus, Arkadiusz Łuba, Rafał Bartek.

JĘZYK



Język jako pomost: perspektywy nauczania
języka polskiego i niemieckiego w kraju sąsiada

ORGANIZATORZY:



Znajomość języka sąsiada otwiera bezpośredni dostęp do jego kultury, historii i społeczeństwa. Ułatwia kontakty międzyludzkie, zwiększa mobilność zawodową i transgraniczną oraz stanowi ważną podstawę wzajemnego zrozumienia. Dobre sąsiedztwo nie powstaje bowiem wyłącznie dzięki umowom politycznym i współpracy instytucjonalnej. Wymaga ono ludzi, którzy chcą i potrafią ze sobą rozmawiać. Uczestnicy warsztatu zastanawiali się, jakie miejsce zajmują dziś język polski w niemieckim i język niemiecki w polskim systemie edukacji. Dyskutowali o tym, co należy zrobić, aby język polski i niemiecki zyskały równorzędną pozycję w systemach edukacji obu krajów.

W centrum dyskusji znalazł się problem asymetrii. Podczas gdy języka niemieckiego jako języka obcego nadal uczy się w Polsce ponad milion uczniów, w systematycznej nauce języka polskiego jako języka obcego uczestniczy w Niemczech zaledwie kilka tysięcy osób. Różnic tych nie da się wyjaśnić wyłącznie odmiennym poziomem zainteresowania ani rzekomo niewielkim zapotrzebowaniem na naukę polskiego. Wynikają one również z ukształtowanych historycznie struktur edukacyjnych, nierównego statusu instytucjonalnego obu języków oraz braku możliwości kontynuowania nauki na kolejnych etapach kształcenia.

Zastanawiano się zatem, jak zapewnić językowi polskiemu trwałe miejsce w niemieckim systemie oświaty i umożliwić jego regularną naukę jako języka obcego. Obecnie polszczyzna postrzegana jest przede wszystkim jako język pochodzenia części społeczeństwa lub jako język o znaczeniu regionalnym na obszarach przygranicznych. Jej rola jest jednak znacznie szersza. Język dużego europejskiego sąsiada powinien być dostępny dla wszystkich zainteresowanych uczniów. Równorzędne partnerstwo polsko-niemieckie wymaga, by również język sąsiada znalazł trwałe i widoczne miejsce w systemie edukacji, a możliwość jego nauki nie zależała od pojedynczych inicjatyw lokalnych ani osobistego zaangażowania nielicznych nauczycieli.

Kluczowe znaczenie ma ciągłość oferty edukacyjnej. Pojedyncze kursy lub projekty ograniczone w czasie mogą zachęcić do pierwszego kontaktu z językiem, ale nie zastąpią spójnego programu nauczania. Dzieci i młodzież potrzebują oferty nauki powiązanej na wszystkich szczeblach – od szkoły podstawowej, poprzez kolejne etapy kształcenia, aż po uzyskanie oficjalnie uznawanych kwalifikacji. Tylko wówczas język polski będzie mógł przestać być oferowanym doraźnie „językiem pogranicza” i stać się europejskim językiem sąsiada, którego można uczyć się systematycznie i konsekwentnie.

Oceny sytuacji języka niemieckiego w Polsce były zróżnicowane. Mimo że liczba uczących się niemieckiego pozostaje wysoka, szczególne trudności pojawiają się w momencie przejścia do szkół ponadpodstawowych. Dotyczy to między innymi niemieckiego jako języka mniejszości narodowej. Jeżeli na kolejnych etapach edukacji nie można kontynuować rozpoczętej wcześniej nauki, zdobyte umiejętności stopniowo zanikają, podobnie jak zainteresowanie językiem. Sama liczba uczących się nie przesądza zatem o jakości, ciągłości ani długofalowej skuteczności nauczania.

Kolejnym ważnym tematem była metodyka. Język staje się atrakcyjny dla młodych ludzi wtedy, gdy wiąże się z ich codziennym życiem i przynosi im wyraźne korzyści. Nowoczesne metody dydaktyczne, odpowiednio przygotowani nauczyciele, cyfrowe narzędzia oraz bezpośrednie spotkania z rówieśnikami z kraju sąsiada mogą znacznie zwiększyć motywację do nauki. Programy wymiany i wspólne projekty pozwalają przekonać się, że języka nie uczy się wyłącznie z myślą o egzaminach. Jego znajomość umożliwia nawiązywanie relacji oraz otwiera nowe możliwości edukacyjne i zawodowe.

Warsztat pokazał, że język polski i niemiecki nie stają się językami pomostowymi tylko dlatego, że oba kraje sąsiadują ze sobą. Pomost ten powstaje dopiero wtedy, gdy ludzie rzeczywiście mogą uczyć się języka drugiego kraju – systematycznie, na odpowiednim poziomie i ze świadomością jego znaczenia dla własnego życia. Potrzebne są do tego długofalowe strategie edukacyjne, odpowiedzialność instytucjonalna i stabilne wsparcie po obu stronach. Nauka języka sąsiada oznacza bowiem coś więcej niż możliwość porozumiewania się. Jest wyrazem zainteresowania, szacunku oraz gotowości do aktywnego współtworzenia polsko-niemieckiego sąsiedztwa.

UCZESTNICY



Rafał Bartek,
przewodniczący Związku
Niemieckich Stowarzyszeń
Społeczno-Kulturalnych w Polsce



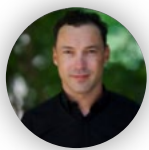
Anja Geissel,
kierowniczka Działu Językowego
Goethe-Institut w Warszawie



dr Agnieszka Korman,
nauczycielka języka polskiego
i ekspertka ds. edukacji
międzykulturowej na
pograniczu polsko-niemieckim



Arkadiusz Łuba,
pracownik Departamentu Strategii
i Współpracy Międzynarodowej
Instytutu Rozwoju Języka Polskiego



dr Erik Malchow,
rzecznik i kierownik oddziału
berlińskiego Centrum
Kompetencji i Koordynacji
Języka Polskiego



dr Magdalena Telus,
kierowniczka naukowa
Centrum Kompetencji
i Koordynacji Języka Polskiego

NACH DEM FORUM



Zivilgesellschaftliche

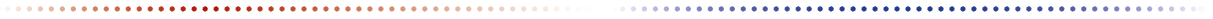
Erwartungen an die weitere Zusammenarbeit

Die Diskussionen des Deutsch-Polnischen Forums 2026 umfassten ein breites Spektrum an Themen: von Sicherheit, Wirtschaft und der Zukunft Europas über Bildung, Sprache und Erinnerungskultur bis hin zur Rolle der jungen Generation, der Kultur und der Zivilgesellschaft. Trotz dieser thematischen Vielfalt kehrte in vielen Gesprächen eine gemeinsame Überzeugung wieder: Die deutsch-polnische Partnerschaft braucht heute nicht nur politische Erklärungen und gut funktionierende Kontakte, sondern auch eine größere Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln.

Die folgenden Schlussfolgerungen sind keine formell verabschiedeten Empfehlungen des Forums. Sie stellen eine redaktionelle Zusammenfassung der wichtigsten Fragen, Vorschläge und Erwartungen dar, die während der Workshops zur Sprache kamen. Gemeinsam bilden sie eine informelle Roadmap für die deutsch-polnischen Beziehungen – einen Katalog von Aufgaben, auf den bei der nächsten Ausgabe des Forums zurückgegriffen werden kann, um Fortschritte zu bewerten und die Debatte über weiterhin bestehende Herausforderungen fortzuführen.

Diese Zusammenfassung lässt sich zugleich als Appell der Zivilgesellschaft an die Politik verstehen. Deutsche und polnische Organisationen, Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung, Kommunen und Jugendorganisationen benennen Bereiche, in denen es größerer politischer Initiative, dauerhafter institutioneller Lösungen und der Bereitschaft bedarf, gemeinsam Verantwortung für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zu übernehmen.

ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN



VON DER ZUSAMMENARBEIT ZUM GEMEINSAMEN HANDELN

Deutschland und Polen sollten ihre Positionen zu Fragen der Sicherheit, der Zukunft der Ukraine, der Europapolitik und der globalen wirtschaftlichen Abhängigkeiten frühzeitiger abstimmen. Unterschiede bei Interessen und Erfahrungen müssen die Partnerschaft nicht schwächen. Sie können zu einer ihrer Stärken werden, wenn sie offen diskutiert und bei strategischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

MEHR VERANTWORTUNG FÜR DIE SICHERHEIT EUROPAS ÜBERNEHMEN

Die dauerhafte Unterstützung der Ukraine, eine glaubwürdige Abschreckung gegenüber Russland, der Ausbau europäischer Verteidigungsfähigkeiten und die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO erfordern eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Sie betrifft nicht nur die Streitkräfte und die Verteidigungsindustrie, sondern auch Infrastruktur, militärische Mobilität, den Schutz kritischer Infrastruktur sowie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Resilienz.

DER UKRAINE EINE GLAUBWÜRDIGE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE ERÖFFNEN

Deutschland und Polen stimmen im strategischen Ziel überein, bewerten Tempo und Methoden der Integration jedoch nicht immer gleich. Der Beitrittsprozess sollte auf nachweisbaren Reformfortschritten beruhen, darf zugleich aber nicht in eine jahrelange Blockade geraten. Erforderlich sind die Unterstützung der ukrainischen Verwaltung, die Vorbereitung der Europäischen Union auf die Erweiterung sowie faire Lösungen für besonders sensible Bereiche.

EINE INNOVATIONSORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFT ENTWICKELN

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sollten über Handel und Produktionskooperation hinausgehen. Die nächste Entwicklungsstufe sollte gemeinsame Investitionen, technologische Zusammenarbeit, Digitalisierung, Elektromobilität, grüne Energie sowie Kooperationen in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie umfassen. Voraussetzungen dafür sind moderne Verkehrsverbindungen und eine stärkere Verzahnung von Bildung, Wissenschaft und industrieller Praxis.

STRATEGISCHE ABHÄNGIGKEITEN VERRINGERN

Die Erfahrungen mit der früheren Energieabhängigkeit von Russland sollten Europa zu einem vorsichtigeren Umgang mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China bewegen. Deutschland und Polen können gemeinsam zu sichereren Lieferketten, zum Schutz kritischer Technologien, zur Stärkung der Cybersicherheit und zu einer widerstandsfähigeren europäischen Wirtschaft beitragen.



DAUERHAFTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT SCHAFFEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Städtepartnerschaften, lokale Initiativen, Minderheitenorganisationen und Kultureinrichtungen bilden das gesellschaftliche Fundament guter Nachbarschaft. Sie benötigen jedoch verlässlichere Finanzierungsbedingungen, größere Sichtbarkeit und einen besseren Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen. Eine besondere Rolle können die Polonia in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen als Bindeglieder zwischen beiden Gesellschaften übernehmen.



JUNGEN MENSCHEN ECHTE MITGESTALTUNG ERMÖGLICHEN

Die junge Generation sollte nicht nur Zielgruppe von Programmen und Projekten sein. Junge Menschen sollten an der Festlegung von Themen, an der Vorbereitung von Debatten und an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Jugendzusammenarbeit sollte konkrete Herausforderungen wie den Wandel der Arbeitswelt, künstliche Intelligenz, Desinformation, Wohnraum, den Vertrauensverlust gegenüber Institutionen und den Zustand der Demokratie aufgreifen.



MULTIPERSPEKTIVISCHE BILDUNG STÄRKEN

Die Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuchzusammenarbeit sollten stärker im Unterricht und in der pädagogischen Praxis genutzt werden. Dafür braucht es Fortbildungen, geeignete Unterrichtsmaterialien und die Weiterentwicklung von Projekten, die auch die ukrainische Perspektive einbeziehen. Historische Bildung sollte nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch kritisches Denken, die Fähigkeit zur Quellenbewertung und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Vereinfachungen und Desinformation stärken.



DER NACHBARSPRACHE EINEN DAUERHAFTEN PLATZ IM BILDUNGSSYSTEM GEBEN

Polnisch in Deutschland und Deutsch in Polen müssen aufeinander aufbauend, über mehrere Bildungsstufen hinweg und mit der Möglichkeit eines formalen Nachweises der erworbenen Kompetenzen unterrichtet werden. Dafür sind qualifizierte Lehrkräfte, zeitgemäße Lernmaterialien und verlässliche Bildungsangebote notwendig. Die Sprache des Nachbarn wird erst dann zur Brücke, wenn ihr Erwerb tatsächlich zugänglich ist und kontinuierlich fortgesetzt werden kann.

EINEN GEMEINSAMEN RAUM FÜR ERINNERUNG UND KULTUR GESTALTEN

Museen, Literatur und Kunst können dazu beitragen, unterschiedliche historische Erfahrungen verständlich zu machen, ohne bestehende Unterschiede einzuebnen. Dafür braucht es wissenschaftliche Unabhängigkeit, transparente kuratorische Entscheidungen, die Förderung von Übersetzungen und einen intensiveren Austausch kultureller Werke zwischen beiden Ländern. Eine wichtige Aufgabe bleibt die Weiterentwicklung des Deutsch-Polnischen Hauses sowie die Realisierung von Projekten, die auch außerhalb Berlins und Warschaus zugänglich sind.

Ein Bezugspunkt für die Fortsetzung der Debatten

Die dargestellten Herausforderungen können als Orientierung für weitere Gespräche über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen dienen. Bei der nächsten Ausgabe des Forums sollte darauf zurückgeblitten werden, welche der diskutierten Vorschläge zu konkreten Maßnahmen, neuen Projekten oder institutionellen Veränderungen geführt haben und in welchen Bereichen weiterhin politische Initiative erforderlich ist.

Die informelle Roadmap ist nicht als abgeschlossener Zielkatalog zu verstehen. Ihre Bedeutung liegt vielmehr darin, die Kontinuität zwischen den einzelnen Ausgaben des Forums zu sichern. Sie ermöglicht es, nicht jede Debatte von Neuem zu beginnen, sondern an frühere Erkenntnisse anzuknüpfen, Fortschritte zu bewerten, Hindernisse zu benennen und gemeinsame Prioritäten neu zu bestimmen.

Das Deutsch-Polnische Forum 2026 hat gezeigt, dass beide Länder über weitreichende Kooperationsnetzwerke, vielfältige Erfahrungen und ein erhebliches Potenzial für gemeinsames Handeln verfügen. Der nächste Schritt sollte darin bestehen, die geführten Debatten in dauerhafte Lösungen zu übersetzen. So kann die nächste Ausgabe des Forums nicht nur neue Themen aufgreifen, sondern auch Raum für die verantwortungsvolle Fortführung bereits begonnener Diskussionen bieten.

PO FORUM

Oczekiwania społeczeństwa obywatelskiego wobec dalszej współpracy

Dyskusje prowadzone podczas Forum Polsko-Niemieckiego 2026 objęły szerokie spektrum zagadnień: od bezpieczeństwa, gospodarki i przyszłości Europy, poprzez edukację, język i kulturę pamięci, aż po rolę młodego pokolenia, kultury i społeczeństwa obywatelskiego. Mimo różnorodności tematów w wielu rozmowach powracało wspólne przekonanie: polsko-niemieckie partnerstwo potrzebuje dziś nie tylko deklaracji i dobrze funkcjonujących kontaktów, lecz także większej zdolności do wspólnego działania.

Poniższe konkluzje nie są formalnie przyjętymi rekomendacjami Forum. Stanowią jedynie redakcyjną syntezę najważniejszych kwestii, propozycji i oczekiwań pojawiających się podczas warsztatów. Razem tworzą nieformalną mapę drogową dla relacji polsko-niemieckich — zbiór zadań, do których można powrócić podczas kolejnej edycji Forum, oceniając postępy i podejmując na nowo debatę nad wyzwaniami, które pozostają aktualne.

Syntezę tę można również odczytać jako wezwanie społeczeństwa obywatelskiego skierowane do polityki po obu stronach Odry. Organizacje z Polski i Niemiec, eksperci, przedstawiciele gospodarki, nauki, kultury, edukacji, samorządów i środowisk młodzieżowych wskazują obszary, w których potrzebna jest większa inicjatywa polityczna, trwałe rozwiązania instytucjonalne i gotowość do przejścia wspólnej odpowiedzialności za rozwój stosunków dwustronnych.

NAJWAŻNIEJSZE WYZWANIA

OD WSPÓŁPRACY DO WSPÓLNEGO DZIAŁANIA

Polska i Niemcy powinny zawczasu uzgadniać stanowiska w sprawach bezpieczeństwa, przyszłości Ukrainy, polityki europejskiej i globalnych zależności gospodarczych. Różnice interesów i doświadczeń nie muszą osłabiać partnerstwa — mogą stać się jego atutem, jeśli będą otwarcie omawiane i uwzględniane w strategicznych decyzjach.

WIĘKSZA ODPOWIEDZIALNOŚĆ ZA BEZPIECZEŃSTWO EUROPY

Trwałe wsparcie Ukrainy, wiarygodne odstraszenie Rosji, rozwój europejskich zdolności obronnych oraz wzmocnienie europejskiego filaru NATO wymagają ścisłej współpracy Polski i Niemiec. Obejmuje ona nie tylko siły zbrojne i przemysły obronne, lecz także infrastrukturę, mobilność wojskową, ochronę infrastruktury krytycznej oraz odporność społeczną i gospodarczą.

WIARYGODNA EUROPEJSKA PERSPEKTYWA DLA UKRAINY

Polska i Niemcy są zgodne co do strategicznego celu, choć nie zawsze jednakowo oceniają tempo i metody integracji. Proces akcesyjny powinien pozostać oparty na rzeczywistych reformach, a jednocześnie nie może utknąć w wieloletnim impasie. Konieczne jest wspieranie ukraińskiej administracji, przygotowanie samej Unii do rozszerzenia i wypracowanie uczciwych rozwiązań dla szczególnie wrażliwych sektorów.

ROZWINIĘCIE PARTNERSTWA GOSPODARCZEGO OPARTEGO NA INNOWACJACH

Polsko-niemieckie relacje gospodarcze powinny wykraczać poza wymianę handlową i współpracę produkcyjną. Kolejny etap powinien obejmować wspólne inwestycje, rozwój technologii, cyfryzację, elektromobilność, zieloną energię oraz współpracę w przemyśle bezpieczeństwa i obronności. Warunkiem powodzenia pozostają nowoczesne połączenia transportowe i ściślejsze powiązanie w dziedzinie edukacji, nauki i przemysłu.

OGRANICZENIE STRATEGICZNYCH ZALEŻNOŚCI

Doświadczenia związane z uzależnieniem energetycznym od Rosji powinny skłonić Europę do ostrożniejszego podejścia do relacji gospodarczych z Chinami. Polska i Niemcy mogą wspólnie działać na rzecz bezpieczniejszych łańcuchów dostaw, ochrony technologii krytycznych, cyberbezpieczeństwa oraz większej odporności europejskiej gospodarki.



WZMOCNIENIE FILARÓW WSPÓŁPRACY SPOŁECZNEJ

Organizacje społeczne, partnerstwa miast, inicjatywy lokalne, środowiska mniejszościowe i instytucje kultury tworzą społeczne podstawy dobrego sąsiedztwa. Potrzebują jednak stabilniejszego finansowania, większej widoczności oraz lepszego dostępu do procesów decyzyjnych. Szczególną rolę mogą odgrywać Polonia w Niemczech i mniejszość niemiecka w Polsce jako naturalni pośrednicy między oboma społeczeństwami.



ZAPEWNIENIE MŁODYM LUDZIOM RZECZYWISTEGO WPŁYWU

Młode pokolenie nie powinno być wyłącznie adresatem programów i projektów. Powinno uczestniczyć w określaniu ich tematów, przygotowywaniu debat i podejmowaniu decyzji. Współpraca młodzieżowa powinna odpowiadać na konkretne problemy: transformacja rynku pracy, rozwój sztucznej inteligencji, walka z dezinformacją, kryzys mieszkaniowy, spadające zaufanie do instytucji oraz kondycja systemów demokratycznych.



EDUKACJA OTWARTA NA RÓŻNE PERSPEKTYWY

Dorobek polsko-niemieckiej współpracy podręcznikowej powinien być szerzej obecny w szkołach i praktyce nauczycielskiej. Potrzebne są szkolenia, materiały dydaktyczne oraz dalszy rozwój projektów uwzględniających perspektywę Ukrainy. Edukacja historyczna powinna nie tylko przekazywać wiedzę, lecz także rozwijać krytyczne myślenie, zdolność oceny źródeł i odporność na uproszczenia oraz dezinformację.



TRWAŁE MIEJSCE DLA JĘZYKA SĄSIADA

Języka polskiego w Niemczech i niemieckiego w Polsce należy uczyć w sposób systematyczny, na kolejnych etapach kształcenia i z możliwością formalnego potwierdzania zdobytych umiejętności. Potrzebni są wykwalifikowani nauczyciele, nowoczesne materiały dydaktyczne i stabilna oferta edukacyjna. Język łączy ludzi wtedy, gdy możliwość jego nauki jest powszechnie dostępna, a proces ten ma charakter ciągły.

WSPÓLNA PRZESTRZEŃ DLA PAMIĘCI I KULTURY

Muzea, literatura i sztuka mogą pomagać w zrozumieniu różnych doświadczeń historycznych, nie zacierając istniejących różnic. Wymaga to niezależności naukowej, przejrzystych decyzji kuratorskich, wspierania przekładów i większego obiegu dzieł między oboma krajami. Ważnym zadaniem pozostaje rozwój koncepcji Domu Polsko-Niemieckiego oraz tworzenie projektów dostępnych również poza Warszawą i Berlinem.

Punkt odniesienia dla kolejnych debat

Przedstawione wyzwania mogą służyć jako punkt odniesienia dla dalszych rozmów o stanie relacji polsko-niemieckich. Podczas kolejnego Forum warto powrócić do pytania, które z omawianych propozycji doprowadziły do konkretnych działań, nowych projektów lub zmian instytucjonalnych, a które nadal wymagają politycznej inicjatywy.

Nieformalna mapa nie powinna być traktowana jako zamknięty katalog celów. Jej znaczenie polega raczej na zachowaniu ciągłości między kolejnymi edycjami Forum. Pozwala ona nie rozpoczynać każdej debaty od początku, lecz odwołać się do wcześniejszych ustaleń, ocenić postępy, zidentyfikować przeszkody i ponownie określić priorytety.

Forum Polsko-Niemieckie 2026 potwierdziło, że oba kraje łączy rozbudowana sieć współpracy, bogate doświadczenie i znaczny potencjał do dalszego wspólnego działania. Kolejnym krokiem powinno być przekładanie dyskusji na trwałe rozwiązania. Dzięki temu następna edycja Forum będzie nie tylko miejscem podejmowania nowych tematów, lecz także przestrzenią odpowiedzialnej kontynuacji rozpoczętych debat.

STIMMEN ZUM FORUM



Die große Resonanz auf das Deutsch-Polnische Forum 2026 spiegelte sich auch in der anschließenden Evaluation wider: 145 Teilnehmende beteiligten sich an der zweisprachigen Onlineumfrage und bewerteten die Veranstaltung sowie ihre inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte.

Das Gesamtbild fällt ausgesprochen positiv aus. Auf einer Skala von 1 bis 5 erreichte das Forum in der Gesamtbewertung einen Durchschnitt von 4,45 Punkten. 82 Befragte vergaben die Bestnote 5, weitere 46 Personen bewerteten die Veranstaltung mit 4 Punkten. Damit gaben 88 Prozent der Befragten dem Forum eine sehr gute oder gute Gesamtbewertung.

Auch die inhaltliche Qualität wurde deutlich gewürdigt. Die inhaltliche Relevanz erhielt durchschnittlich 4,30 von 5 Punkten. Mehr als 80 Prozent der Befragten vergaben hier 4 oder 5 Punkte. Die Programmstruktur wurde mit durchschnittlich 4,21 Punkten ebenfalls positiv beurteilt. 38 Personen gaben an, dass ihre Erwartungen an das Forum übertroffen wurden. Weitere 94 Befragte sahen ihre Erwartungen als erfüllt an. Damit entsprach die Veranstaltung für insgesamt 91 Prozent der Teilnehmenden mindestens den zuvor gehegten Erwartungen.

Themenvielfalt und politische Bedeutung

In den offenen Antworten wurde besonders häufig die thematische Breite des Forums hervorgehoben. Die 10 parallelen Sitzungen ermöglichten eine vertiefte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Dimensionen der deutsch-polnischen Beziehungen. Die meisten Rückmeldungen entfielen auf die Workshops zu Sicherheit, globaler Politik, Gesellschaft und Erinnerungskultur. Auch die Sitzungen zu Wirtschaft, Bildung, Sprache, Europa, Kultur und Jugend fanden ein interessiertes Publikum.

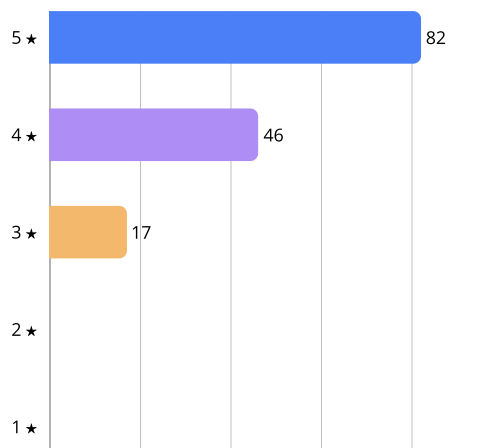
Viele Befragte lobten die hohe fachliche Qualität der eingeladenen Gäste, die Aktualität der Themen sowie die Möglichkeit, deutsche und polnische Perspektiven unmittelbar miteinander in Beziehung zu setzen. Besonders positiv bewertet wurden Panels, in denen unterschiedliche Erfahrungen und Positionen klar sichtbar wurden und komplexe Zusammenhänge zugleich verständlich vermittelt werden konnten. Mehrere Rückmeldungen würdigten zudem interaktive Formate wie die Fishbowl-Diskussion zur Eröffnung oder das World-Café im Themenbereich Gesellschaft.

Die Anwesenheit der Außenminister Johann Wadephul und Radosław Sikorski verlieh dem Forum eine besondere politische Bedeutung. Ihre Reden und die Auftaktdiskussion mit Henryka Mościcka-Dendys und Knut Abraham bildeten eine wichtige Einführung in die Themen des Forums.

Die Rückgabe bedeutender Kulturgüter an Polen zum Abschluss des Plenums gehörte für viele Befragte zu den bewegendsten Momenten des Tages.

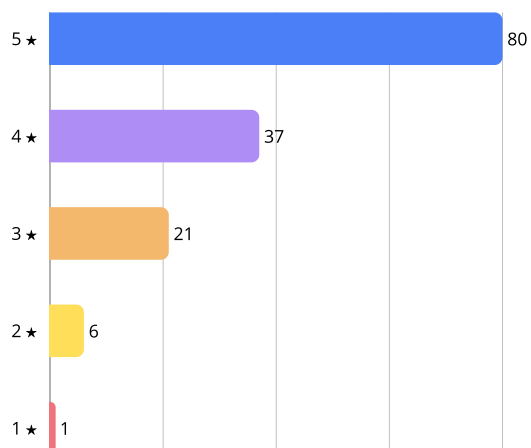
Gesamteindruck

4,45



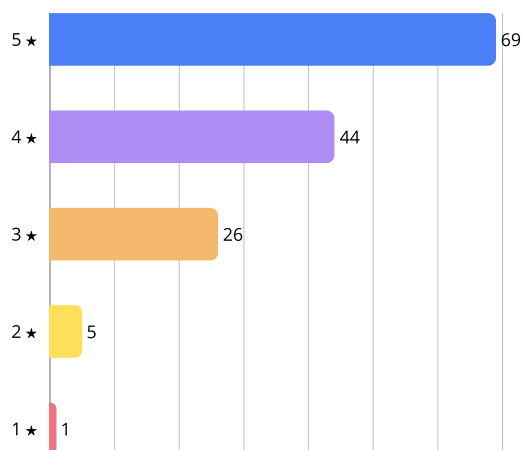
Inhaltliche Relevanz

4,30



Programmstruktur

4,21



Wiederholt wurde hervorgehoben, dass die Verbindung von politischem Dialog, historischer Verantwortung und zivilgesellschaftlichem Austausch den besonderen Charakter des Forums ausmachte.

Ein lebendiger Ort der Begegnung

Neben den inhaltlichen Debatten wurde vor allem die Möglichkeit zur persönlichen Begegnung geschätzt. Viele Teilnehmende beschrieben das Forum als einen wichtigen Treffpunkt für Menschen und Institutionen, die sich in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit engagieren. Bestehende Kontakte konnten vertieft, neue Verbindungen aufgebaut und Erfahrungen über fachliche und institutionelle Grenzen hinweg ausgetauscht werden.

Positiv wahrgenommen wurde auch die stärkere Einbeziehung junger Menschen. Ihre Perspektiven wurden nicht nur im Jugendworkshop sichtbar, sondern flossen auch in die Fishbowl-Diskussion und den Austausch mit erfahrenen Fachleuten sowie politischen Entscheidungsträgern ein. Bereits im Vorfeld hatte die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit mit einem Essaywettbewerb für junge Experten gezielt neue Stimmen angesprochen. Die Preisträger wurden zur Teilnahme am Forum eingeladen und erhielten einen Zuschuss zu ihren Reisekosten nach Berlin.

Die Teilnahme von rund 700 Gästen machte das große Interesse an der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und die Vielfalt der engagierten gesellschaftlichen Gruppen sichtbar. Positiv erwähnt wurden außerdem die professionelle Gesamtorganisation, die zweisprachige Moderation, die Simultanverdolmetschung, die Veranstaltungs-App sowie der repräsentative Veranstaltungsort – das Auswärtige Amt. Der abendliche Empfang im Roten Rathaus bot nach einem intensiven Veranstaltungstag noch einmal Raum für informelle Gespräche und die weitere Vernetzung.

Anregungen für die Weiterentwicklung

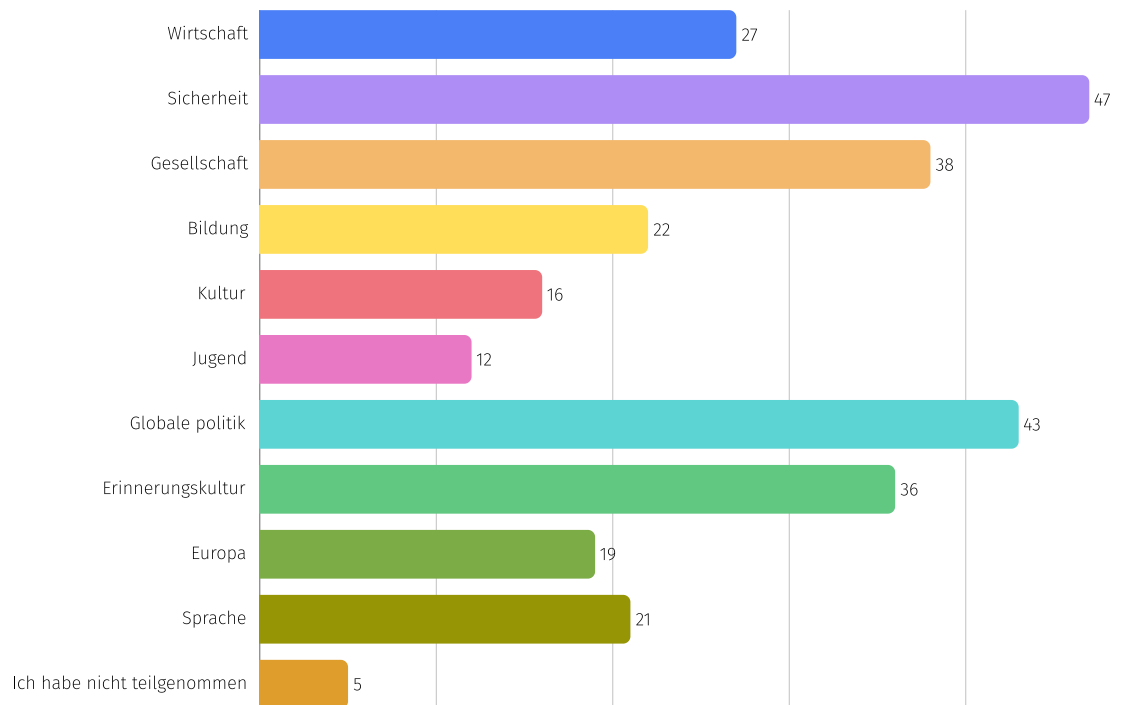
Die Evaluation zeigt zugleich, an welchen Stellen das Forum weiterentwickelt werden kann. Der am häufigsten geäußerte Wunsch betraf mehr Zeit für Diskussionen, Fragen aus dem Publikum und Gespräche der Teilnehmenden untereinander. Für die Workshops wurden kürzere Impulsbeiträge, kleinere Gesprächsgruppen und stärker interaktive Methoden angeregt. Die Rückmeldungen unterstreichen damit den hohen Stellenwert, den die Teilnehmenden ihrer aktiven Einbindung und dem unmittelbaren persönlichen Austausch beimessen.

Ein starkes Mandat zur Fortsetzung

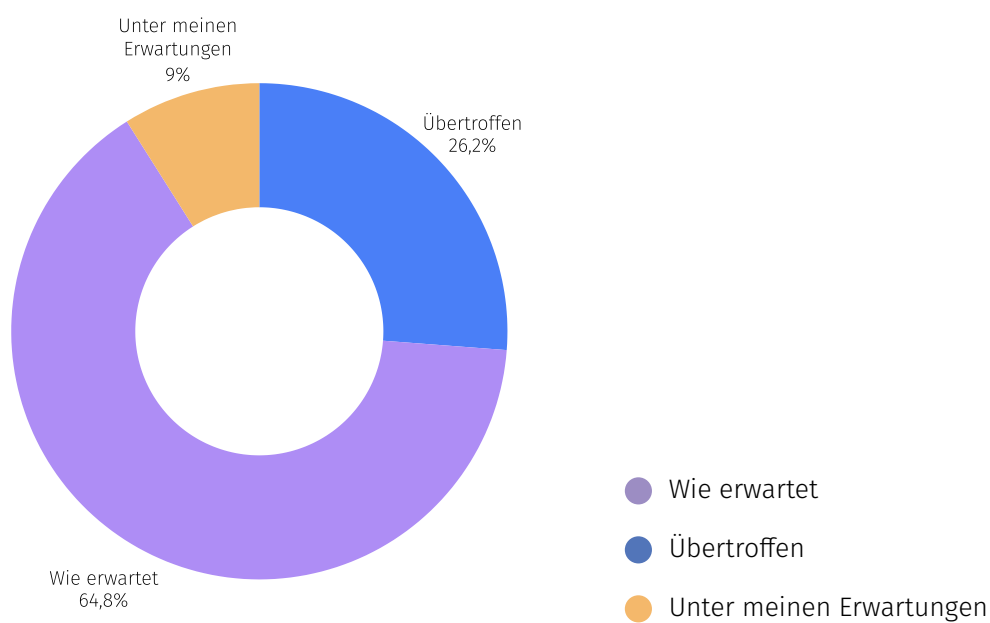
Insgesamt bestätigt die Evaluation die große Bedeutung des Deutsch-Polnischen Forums als Plattform für politischen und gesellschaftlichen Dialog, fachliche Debatten und persönliche Vernetzung. Die hohe Gesamtbewertung, die zahlreichen anerkennenden Rückmeldungen und der vielfach geäußerte Wunsch, auch an künftigen Ausgaben teilzunehmen, zeigen: Das Forum wird als ein zentraler Ort der deutsch-polnischen Zusammenarbeit wahrgenommen. Die Erwartungen und Vorschläge der Teilnehmenden werden eine wichtige Grundlage für die Vorbereitung künftiger Foren bilden.

Thematische Sitzungen

An welchen thematischen Sitzungen haben Sie teilgenommen?



Wurden Ihre Erwartungen an das Event erfüllt?



UCZESTNICY O FORUM

Duże zainteresowanie Forum Polsko-Niemieckim 2026 znalazło odzwierciedlenie również w przeprowadzonej po wydarzeniu ewaluacji. W dwujęzycznej ankiecie internetowej wzięło udział 145 osób, które oceniły ogólną koncepcję Forum, poszczególne punkty programu oraz organizację.

Ogólne wrażenia uczestników są zdecydowanie pozytywne. W skali od 1 do 5 średnia ocena całego Forum wyniosła 4,45 punktu. Najwyższą notę 5 przyznały 82 osoby, a kolejne 46 oceniło wydarzenie na 4 punkty. Oznacza to, że 88 procent respondentów wystawiło Forum ocenę bardzo dobrą lub dobrą.

Wysoko oceniono również poziom merytoryczny wydarzenia. Program uzyskał pod tym względem średnią ocenę 4,30 punktu na 5, przy czym ponad 80 procent ankietowanych oceniło go na 4 lub 5 punktów. Strukturę programu oceniono średnio na 4,21 punktu. Trzydzieści osiem osób stwierdziło, że Forum przekroczyło ich oczekiwania, a kolejne 94 uznały je za spełnione. Dla 91 procent uczestników wydarzenie spełniło zatem wcześniejsze oczekiwania lub nawet je przewyższyło.

Różnorodność tematów i znaczenie polityczne

W odpowiedziach otwartych szczególnie często podkreślano szeroki zakres tematyczny Forum. Dziesięć równoległych sesji pozwoliło przyrzeć się różnym wymiarom stosunków polsko-niemieckich. Najwięcej ankietowanych brało udział w warsztatach poświęconych bezpieczeństwu, polityce globalnej, społeczeństwu oraz kulturze pamięci. Dużym zainteresowaniem cieszyły się również sesje dotyczące gospodarki, edukacji, języka, Europy, kultury i młodzieży.

Wiele osób doceniło wysoki poziom merytoryczny zaproszonych gości, aktualność poruszanych zagadnień oraz możliwość bezpośredniego zestawienia polskich i niemieckich perspektyw. Szczególnie pozytywnie oceniono dyskusje, w których wyraźnie dochodziły do głosu odmienne doświadczenia i stanowiska, a złożone kwestie przedstawiano w przystępny sposób. W kilku odpowiedziach wyróżniano również interaktywne formy pracy, takie jak dyskusja w formule fishbowl na otwarcie Forum czy World Café podczas warsztatu poświęconego społeczeństwu.

Obecność ministrów spraw zagranicznych Johanna Wadephula i Radosława Sikorskiego nadała wydarzeniu szczególną rangę polityczną. Ich wystąpienia oraz dyskusja otwierająca z udziałem Henryki Mościckiej-Dendys i Knuta Abrahama stanowiły ważne wprowadzenie do tematyki Forum. Zwrot Polsce ważnych dóbr kultury, który zamknął sesję plenarną, był zdaniem wielu ankietowanych najbardziej poruszającym momentem dnia.

W komentarzach do ankiety wielokrotnie podkreślano, że połączenie dialogu politycznego i kwestii odpowiedzialności historycznej oraz stworzenie przestrzeni dla intensywnej dyskusji między przedstawicielami społeczeństwa obywatelskiego zdecydowały o wyjątkowym charakterze Forum.

Miejsce spotkań i wymiany

Obok udziału w debatach szczególne znaczenie dla uczestników miały osobiste, bezpośrednie spotkania. W wielu odpowiedziach Forum opisywano jako ważne miejsce kontaktu środowisk zaangażowanych we współpracę polsko-niemiecką. Można było nie tylko pogłębić istniejące znajomości, ale też nawiązać nowe relacje oraz wymienić doświadczenia wykraczające poza granice poszczególnych dziedzin i instytucji.

Pozytywnie oceniono także większą obecność młodych ludzi. Ich aktywność była widoczna nie tylko podczas warsztatu młodzieżowego, lecz również w dyskusji w formule fishbowl oraz w rozmowach z doświadczonymi ekspertami i przedstawicielami świata polityki. Jeszcze przed Forum Fundacja Współpracy Polsko-Niemieckiej zorganizowała konkurs dla młodych ekspertek i ekspertów, którego celem było większe otwarcie debaty na tę grupę. Laureatki i laureaci zostali zaproszeni do udziału w wydarzeniu i otrzymali dofinansowanie kosztów podróży do Berlina.

Obecność około 700 osób odbierano jako wyraźny znak dynamiki i społecznego zasięgu współpracy polsko-niemieckiej. Wśród mocnych stron wydarzenia wymieniano również profesjonalną organizację, dwujęzyczne prowadzenie programu, tłumaczenie symultaniczne, aplikację konferencyjną oraz reprezentacyjną przestrzeń Federalnego Ministerstwa Spraw Zagranicznych. Wieczorne przyjęcie w Czerwonym Ratuszu – również docenione przez uczestników – stworzyło po intensywnym dniu kolejną okazję do nieformalnych rozmów i nawiązywania kontaktów.

Wskazówki na przyszłość

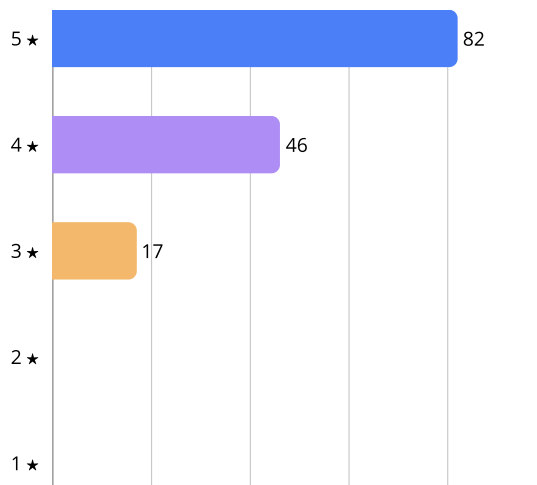
Ewaluacja wskazuje również, w jakich obszarach można dalej rozwijać formułę Forum. Najczęściej wyrażanym oczekiwaniem było wydłużenie czasu przeznaczonego na dyskusje, pytania z sali oraz rozmowy między uczestnikami. W odniesieniu do warsztatów proponowano krótsze wystąpienia wprowadzające, mniejsze grupy dyskusyjne i bardziej interaktywne metody pracy. Odpowiedzi te potwierdzają, jak duże znaczenie uczestnicy przypisują aktywnemu udziałowi w wydarzeniu oraz bezpośredniej wymianie doświadczeń.

Mocny mandat do kontynuacji

Wyniki ewaluacji potwierdzają duże znaczenie Forum Polsko-Niemieckiego jako platformy dialogu politycznego i społecznego, merytorycznej debaty oraz budowania relacji. Wysoka ocena całego wydarzenia, liczne słowa uznania i wielokrotnie wyrażana chęć udziału w kolejnych edycjach świadczą o tym, że Forum jest postrzegane jako jedno z najważniejszych wydarzeń w polsko-niemieckiej współpracy. Oczekiwania i postulaty uczestników będą istotnym punktem odniesienia przy przygotowywaniu kolejnych edycji Forum.

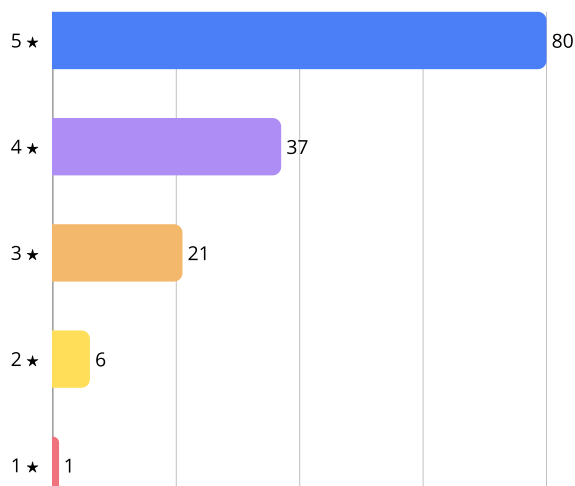
Ocena ogólna

4,45



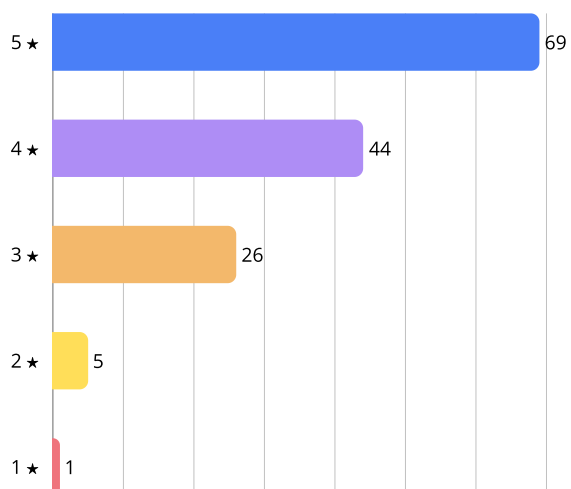
Wartość merytoryczna

4,30



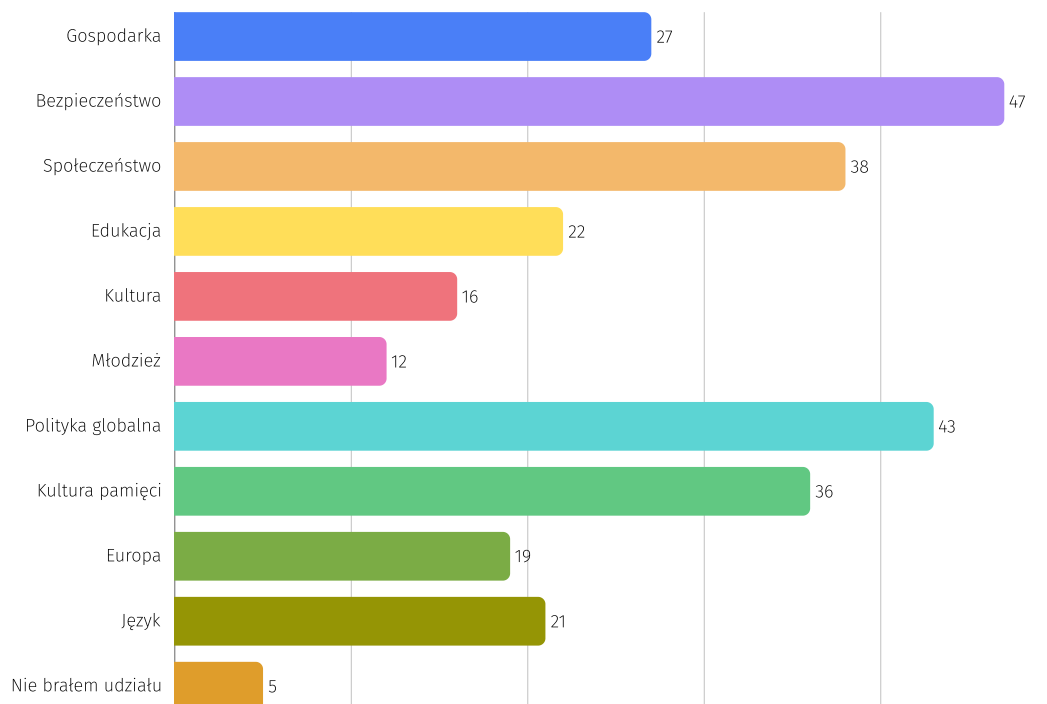
Struktura programu

4,21

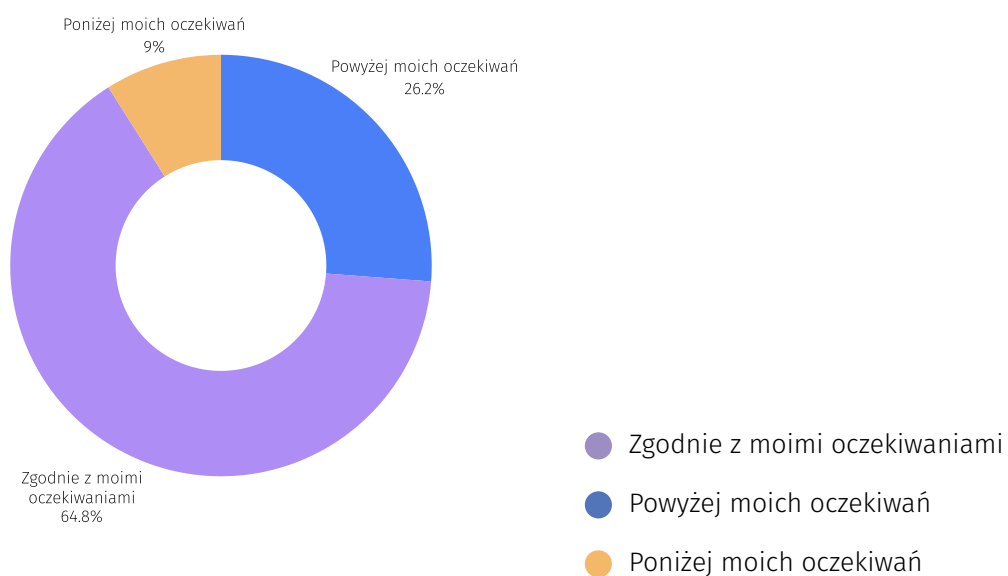


Sesje tematyczne

W jakich sesjach tematycznych brała/brał Pani/Pan udział?



Czy wydarzenie spełniło Pani/Pana oczekiwania?





IMPRESSUM / STOPKA REDAKCYJNA

Herausgeber / Wydawca

Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
Fundacja Współpracy Polsko-Niemieckiej
ul. Zielna 37
00-108 Warszawa, Polen / Polska
fwpn@fwpn.org.pl

Büro Berlin / Biuro w Berlinie
Pariser Platz 4A
10117 Berlin, Deutschland / Niemcy
sdpz@sdpz.org
www.sdpz.org · www.fwpn.org.pl

Layout und Satz / Opracowanie graficzne i skład

Adriana Nowacka

Grafische Elemente / Elementy graficzne

Die Publikation verwendet ausgewählte grafische Elemente aus dem Programm des Deutsch-Polnischen Forums 2026.

Das Programm wurde von Piktogram GbR – Rita Fuhrmann & Joanna Cotreanti gestaltet.

W publikacji wykorzystano wybrane elementy graficzne programu
Forum Polsko-Niemieckiego 2026.

Projekt graficzny programu: Piktogram GbR – Rita Fuhrmann & Joanna Cotreanti.

Fotografien / Zdjęcia

© Antonina Polukhina / Christian Plambeck

Erscheinungsjahr / Rok wydania

2026

Das Deutsch-Polnische Forum wird von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Partnerschaft mit dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Außenministerium der Republik Polen mit freundlicher Unterstützung der Senatskanzlei Berlin organisiert.

Forum Polsko-Niemieckie jest organizowane przez Fundację Współpracy Polsko-Niemieckiej w ramach partnerstwa z Ministerstwem Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej oraz Ministerstwem Spraw Zagranicznych Republiki Federalnej Niemiec przy wsparciu Kancelarii Senatu Berlina.



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Auswärtiges Amt



Ministerstwo
Spraw Zagranicznych

BERLIN



Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei